

FOTOS: © DETLEV STRÄTER

Liebe Leserin, lieber Leser,
das Selbstbild Münchens lebt von seiner glitzernden, sauberen Fassade, die von wirtschaftlichem Erfolg und Wohlstand allenthalben kündigt – und wie ein Magnet wirkt auf alle, die nach einem besseren Auskommen streben. Doch das Wohlstandsversprechen gilt nur für wenige, hinter der funkelnden Fassade verbergen sich auch alle Anzeichen einer Abstiegs-gesellschaft: jede fünfte Münchner Einwohnerin und Einwohner gilt als arm oder von Armut akut bedroht. Wer einmal in die Abwärtsspirale geraten ist, kommt da kaum mehr raus. Und in einer Stadt, deren Lebenshaltungskosten, getrieben von den außer Rand und Band geratenen Boden- und Mietpreisen, mehr als 60 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liegen, greift Armut besonders hart zu. In unserem Schwerpunkt-heft fragen wir nach Ursachen, stellen dar, wie in München Armut ermittelt wird, fragen die Sozialreferentin nach politischen Maßnahmen und stellen Beispiele vor, wie Armut für Betroffene in München erträglicher gemacht und bekämpft wird. – Zudem beschäftigen wir uns auch in dieser STANDPUNKTE-Doppelausgabe Dezember/Januar mit dem Projekt „Alte Akademie“ in der Innenstadt, diesmal geht es um den Erhalt der Arkaden.

Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern frohe und erholsame Feiertage und hoffen auf ein Wiederlesen im Neuen Jahr, in dem, so lässt sich vermuten, die Themen, die nach kritischer Betrachtung und Kommentierung verlangen, nicht ausgehen werden.

DETLEV STRÄTER

1. VORSITZENDER DES PROGRAMMAUSSCHUSSES DES MÜNCHNER FORUMS

Themenschwerpunkt: Armut in der Stadt

„Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“ – Armut in einer reichen Stadt	2
Armut erkennen – Armutsberichterstattung in München	5
Interview mit der Münchner Sozialreferentin Dorothee Schiwy	9
Der Katholische Männerfürsorgeverein München e.V.	11
Armut in München – Frauenobdach KARLA 51	12
Die Teestube „komm“-Streetwork	14
BISS – das Münchner Sozialunternehmen Bürger in sozialen Schwierigkeiten e.V.	15
REGSAM – Vernetztes Wirken gegen Armut	18
Wir machen Musik – für alle?	21
Cities we have vs. Cities we need Bericht vom Internationalen Stadtplaner-Kongress	22
<hr/>	
Handlungswissen für Bürger und Investoren: Arkaden der Alten Akademie im Brennpunkt der Begehrlichkeit	25
Buchtipp: München nicht wie geplant – Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien	28
Die Isar und die Münchner – zwischen Natur und Freizeit	30
Im Werksviertel hinter dem Ostbahnhof: Wo München quirlig wird	31
Saubra sog i. Reinheitsgebot für Münchner Luft – Das Bürgerbegehren ist gestartet	32
Buchtipp: Die Stadt – das sind wir Bürger Stadtentwicklung zwischen Politik und Bürgerwille am Beispiel München	32
<hr/>	
Impressum	17

„Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich“

Armut in einer reichen Stadt

Arm zu sein, so zitierte Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter gelegentlich aus einem Brief einer Münchner Bürgerin an ihn, sei ein Lebensschicksal, mit dem man sich arrangieren könne. Aber arm zu sein in einer reichen Stadt wie München, das sei eine nahezu nicht ertragbare Ausgrenzung aus dem sozialen Leben.



FOTO: © USIEN, WIKIMEDIA COMMONS

Obdachloser am verschalteten Rindermarkt-Brunnen

Armut in einer reichen Stadt – natürlich sind jedem schon einmal bettelnde Menschen in München aufgefallen, deren Zahl nach der Grenzöffnung zu Osteuropa deutlich größer geworden ist, natürlich weiß man von Obdachlosen, die unter Isarbrücken, auf Münchner Friedhöfen oder Behausungen an Isarhängen leben, natürlich sieht man Flaschensammler und andere, die Abfallbehälter durchsuchen. Deren Zahl ist schon erschreckend hoch, erfasst das Problem aber nur zu einem geringen Teil. Denn ein Großteil der Armut ist nicht so offensichtlich, zeigt sich kleinteilig in Stadtvierteln, zeigt sich auch an der Nicht-Wahrnehmung von kulturellen, sozialen und gesellschaftlichen Angeboten. Armut spaltet die Gesellschaft; Armut grenzt aus.

Armut wird zumeist vor Ort, lokal und kommunal, wahrgenommen. Die Ursachen von Armut sind indes auf anderen Feldern zu suchen, sehr häufig in der fehlenden oder mangelnden Erwerbsarbeit, dem Schlüsselbereich gesellschaftlicher Integration, aber auch im teuren Wohnen und den spekulativ erhöhten Boden- und Mietpreisen, die von immer weniger Menschen aufgebracht werden können. Verbreitete Armut erleichtert die Vertreibung wirtschaftlich schwächerer Bevölkerung aus begehrten Quartieren auf dem Wege der Gentrifizierung erheblich.

Gemeinhin ist die Kommune die Ebene, auf der von Armut betroffene oder von Armut bedrohte Menschen konkrete Hilfe erwarten können; die Instrumente zur Armutsbekämpfung werden indes rechtlich und materiell zum größten Teil von Bund und Land gestaltet.

Armut, so wurde lange kolportiert, sei ein individuelles Schicksal, das Menschen aus unterschiedlichen Gründen ereilt: durch Krankheit, durch fehlende Arbeit, durch familiäre Krisen, durch Unfälle – Ereignisse, von denen man sich nur schlecht oder gar nicht erholt, wenn man keine Hilfe be-

kommt. Für diese Menschen gab es die „Fürsorge“, kirchliche oder kommunale Einrichtungen, die schon in der frühen Neuzeit vor Jahrhunderten dazu verhalten, das Schicksal jener Menschen, die aus dem sozialen Leben herausgefallen waren oder herauszufallen drohten, etwas zu erleichtern, indem ihnen etwas zu essen oder ein Dach über dem Kopf gewährt wurde – Linderungen des individuellen Schicksals eben. Der Begriff der Fürsorge hat sich bis in jüngste Zeit erhalten. In ihm schwingt die persönliche Hilfe („für jemanden sorgen“) mit: den von Armut betroffenen Menschen – selbstverschuldet hin oder her – wird so geholfen, dass sie überstehen können.

Diese *individuelle* Sichtweise von Armut änderte sich mit dem Aufkommen und der Durchsetzung der industriellen Produktionsweise. Die Verelendung eines Großteils der Landbevölkerung aufgrund einer effektiver werdenden Landwirtschaft wirkte als Treiber, diese „überschüssige“ Landbevölkerung in die Städte zu spülen – auf der Suche und in der Hoffnung auf Überlebensquellen. Faktisch generierte dies die Arbeiterschaft für die rapide wachsenden Industrien. Ihre unmittelbare Not wurde gelindert, ließ aber Armut nicht verschwinden, sondern reproduzierte sie auf immer neue Weise. Dies beförderte die Erkenntnis, dass Armut nicht nur ein individuelles

Schicksal von Menschen am unteren Rand der Gesellschaft ist, sondern eine weit verbreitete, *gesellschaftlich produzierte* Lebenslage von Menschen, die mit ihrer Arbeit für den gesellschaftlichen Wohlstand sorgen, an diesem aber selber nur wenig partizipieren. Armut war geradezu die Voraussetzung dafür, sich als Arbeiter verdingen zu müssen, um darüber am Ende nicht viel mehr als sein eigenes Überleben und das seiner Familie mehr schlecht als recht zu sichern. Wer wollte, konnte schon damals in der Armut und der Armutsproduktion die Auswirkungen eines gesellschaftlichen (ökonomisch-rechtlich-sozialen) Mechanismus – und nicht allein ein individuelles Schicksal – erkennen, der dafür sorgt, einem anderen Teil der Gesellschaft zu enormem Wohlstand und damit auch Macht zu verhelfen. Bertold Brecht packte dies in die anschaulichen Zeilen (1934): „Reicher Mann und armer Mann / standen da und sah’n sich an // Und der Arme sagte bleich: / „Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Dennoch dominierte lange die eher individualistische Sicht von Armut als Summe menschlicher Einzelschicksale – insbesondere bei jenen wirtschaftlichen und politischen Eliten, die von dieser Betrachtungsweise profitieren. Denn die Einsicht, dass Armut und Reichtum im Grunde die zwei Gegenpole einer sozial und wirtschaftlich auseinander driftenden, nach Klassen, Schichten und Lagen gespaltenen Gesellschaft markieren, hätte ja insbesondere bei jenen von Armut betroffenen Bevölkerungsteilen zu unmittelbaren Handlungskonsequenzen führen müssen, dies ändern zu wollen. Und so konnte mit der Verankerung des Sozialstaates nach dem 2. Weltkrieg zumindest in den meisten entwickelten Ländern und auch in Deutschland der immanente Konflikt gedämpft werden: mit den Ausgleichsinstrumenten der Sozialgesetzgebung, Sozialverwaltungen und weiteren Regelungen wurden krasse Verarmungstendenzen aufgefangen und abgefedert, wurde aber auch verhindert, dass die Schere zwischen Arm und Reich sich nicht allzu weit öffnete. Dazu dienten unter anderem relativ hohe Einkommens-, Vermögens- und Kapitalertragssteuern.

Von diesem Modell des Sozial- und Wohlfahrtsstaates hat sich Deutschland, haben sich fast alle entwickelten Industrieländer in den letzten Jahrzehnten verabschiedet. Der Neoliberalismus, der nunmehr seit über 30 Jahren die Grundmelodie für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in den Ländern des Kapitalismus intoniert, hat unter dem Gerede von den Globalisierungszwängen, dem Reformstau und dem demografischen Wandel „den Markt“ und „den Wettbewerb“ als „kluge Entscheider“ in die öffentliche Diskussion lanciert, klüger jedenfalls, als demokratische Institutionen und Bürgerinteres-

sen seien – und die Politik „hat verstanden“, dass Demokratie und „parlamentarische Mitbestimmung“ „marktkonform“ (Angela Merkel) sein müssen, die Wirtschaft und die Eliten also von allzu strikten sozialen Leitplanken, Kapitalverwertungshemmnissen und sonstigen Beschränkungen ihrer Vermögensverfügbarkeit befreit werden müssen. Bereits in den 1990er Jahren hat Merkels Partei als Regierungskoalition mit den Liberalen dafür gesorgt, dass mit der Abschaffung der Vermögenssteuer und anderer Einhegungen auf der Seite der Besitzer, Unternehmen und Entscheider sich enorme Vermögenswerte zu Lasten des Gemeinwesens auf türmen konnten. Und die erste rot-grüne Koalition war dazu auserkoren, zur Gegenfinanzierung dieser Vermögensanhäufung – unter dem Versprechen, zur „Modernisierung“ des Sozialstaates beizutragen – mit der Agenda 2010 und den sog. Arbeitsmarktrefor-men, den Hartz-IV-Gesetzen, der Rentenreform und der Teilprivatisierung der Altersrente sowie der Gesundheitsreform den größten öffentlichen Einsparungs- und sozialen Entsicherungsprozess in Deutschland einzuleiten. Durch diese Politik wurde zweifellos die Armut gezielt vergrößert. Die Leistungskürzungen trafen und treffen die sozial Schwächsten: Arme, Alte, (Langzeit-)Arbeitslose, (psychisch) Kranke und Menschen mit Behinderungen.

Das, was als Armut angesehen werden und was unter Armutsbekämpfung fallen soll, ist erwartungsgemäß strittig. Viele halten die unmittelbare Abhilfe bei Hunger und Obdachlosigkeit (*absolute* Armut) für ausreichend – schließlich seien die Menschen ja auch für sich selbst verantwortlich („fördern und fordern“), eine Haltung, die man vielfach in bürgerlichen Milieus antrifft, unter deren einige gerne bei der Lebensmittelausgabe der Tafeln aushelfen – wohl zur Beruhigung des eigenen Gewissens. Mit dem Hinweis, dass es Menschen in afrikanischen oder asiatischen Ländern ja noch dreckiger gehe, soll vielfach bestritten oder bagatellisiert werden, dass es hierzulande überhaupt relevante Armut gibt.

Sozialpolitisch bedeutender ist indes der Begriff der *relativen* Armut in Bezug zu einem Referenzwert. Diese wird als gegeben angesehen, wenn das individuelle bzw. Haushaltseinkommen weniger als 60 Prozent des „Median“-Einkommens beträgt, also jenes Einkommens (genauer: eines nach Lebenslage errechneten „Nettoäquivalenz“-Einkommens), das auf einer Einkommensskala von geringen und hohen Einkommen in der Mitte steht (dieser „gezählte“ Mittelwert, unabhängig von seiner tatsächlichen Größe, ist etwas anderes als der arithmetische Mittelwert, darauf muss immer wieder deutlich hingewiesen werden, weil es in den Medien regelmäßig falsch vermittelt wird). Über diese Armutsschwelle

besteht zwischen den EU-Ländern Konsens; diese wird sowohl von der Armutsberichterstattung in den „Armuts- und Reichtumsberichten“ der Bundesregierung (seit 2001, bisher vier Berichte) als auch der Armuts- (und Reichtums-)Berichterstattung der Stadt München (seit 1987; s. den Beitrag von Petra Schmid-Urban in dieser Ausgabe) verwendet.

Eine Beobachtung kennzeichnet die Diskussion um Armut in Deutschland: Je wohlhabender das Land in toto im Laufe der Jahre wurde und je weiter sich dabei die Einkommens- und Vermögensschere öffnete, desto rigorosener wird Armut geleugnet, desto aggressiver werden jene attackiert, die die schlechte Botschaft von der Armut im reichen Deutschland überbringen, und desto strikter wird ihnen das Recht abgesprochen, jenseits von Obdachlosigkeit oder anderen extremen Erscheinungsformen der Not überhaupt von Armut zu sprechen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband, der seit Jahrzehnten periodisch und seit einigen Jahren jährlich einen regional differenzierten Armutsbericht veröffentlicht, hat dazu viel Erfahrung sammeln dürfen. Es drängt sich der Eindruck auf: Mit anschwellendem Protest gegen zunehmende Armut und ungerechte Ungleichverteilung und immer lauter werdenden Rufen nach einer dem Gemeinwesen förderlichen und solidarischen Steuer- und Finanzpolitik wächst in gleichem Maße auch der Widerstand derer und ihrer publizistischen Sekundanten, die dabei etwas zu verlieren haben.

Das ist der offenkundige Versuch, Armut wieder auf ein absolutes Maß zu reduzieren, sogar auf pure physisch-existentielle Not, auf extreme Deprivation. Seine nur notdürftig kaschierte Botschaft lautet: Da Alleinerziehende in Deutschland offenkundig noch nicht unter Brücken schlafen müssen und Rentner in aller Regel nicht bettelnd durch die Straßen ziehen, gibt es offensichtlich auch keine Armut in Deutschland. Es ist ein Rückfall auf einen *absoluten* Armutsbegriff, der Armut erst dann erkennen will, wenn die Befriedigung elementarer, physischer Grundbedürfnisse zur Disposition steht. Es ist der Rückfall auf eine Position, Armut so lange zu leugnen, wie man ihr irgendwie ausweichen kann. Es ist der Versuch, die Armut wieder auf Elend zu reduzieren.

Dabei gibt es, zumindest in Bayern, die Möglichkeit, der erzwungenen Armut etwa über den Weg des Ausschlusses von der Erwerbsarbeit durch Verweis auf die Landesverfassung und ihre Bestimmungen zu entgehen: „Jedermann hat das Recht, sich durch Arbeit eine auskömmliche Existenz zu schaffen,“ legt die Bayerische Verfassung in Art. 166 Abs. 2 fest, denn „Arbeit ist die Quelle des Volkswohlstandes und steht unter dem besonderen Schutz des Staates“ (Art. 166 Abs. 1). Und auch gegen schädliche Vermögensanhäufungen ohne gemeinwirtschaftlichen

Nutzen bietet die Landesverfassung einen Hebel, wenn sie eindeutig feststellt: „Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. Offenbarer Mißbrauch des Eigentums- oder Besitzrechts genießt keinen Rechtsschutz.“ (Art. 158 BV) Mir ist nicht bekannt, ob eine der im bayerischen Landtag vertretenen Parteien je einen Anlauf unternommen hat, hierzu Umsetzungsschritte vorzuschlagen und in Maßnahmen zu gießen – was die von politischer Seite immer wieder vorgebrachten Beteuerungen, man könne ja gegen Armut, Arbeitslosigkeit und ungleiche Vermögensverteilung nichts unternehmen, als den politischen und sozialen Zynismus decouvriert, der er ist.

Armut in einer reichen Stadt – etwa jeder fünfte in München lebende Mensch ist arm oder von Armut bedroht, Tendenz steigend. Zugleich wächst der Anteil derer, die als reich und vermögend gelten. Wie lange die Stadtgesellschaft diese Zerreißprobe erträgt, ist nicht abzusehen. Dass München eine reiche Stadt ist, in der der Wohlstand zu Schau getragen wird und die Lebenshaltungskosten via Wohnzins und anderer Profitquellen nach oben getrieben werden, verschärft das Armutsproblem nur noch krasser. Und die Armut in der Stadt wird mit den kommunalen Möglichkeiten und Mitteln allein auch nicht dauerhaft wirksam bekämpft werden können. Armutsbekämpfung und Eindämmung privater Vermögensexzesse ist und bleibt kommunale *und* gesellschaftliche Aufgabe, will man das Feld nicht denen überlassen, die dafür allzu einfache Antworten anbieten.

DETLEV STRÄTER

Dr. Detlev Sträter ist 1. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums.

Zum Weiterlesen

Wolfgang Görl: Geschlossene Gesellschaft. Mehr als 250.000 Münchner sind arm oder von Armut bedroht. Doch sie tun alles, um ihre prekäre Lage zu verbergen. Gerade da, wo der wirtschaftliche Erfolg zur Schau getragen wird, will sich niemand die Blöße geben, als Verlierer dazustehen. In: Süddeutsche Zeitung 26./27. November 2016, R1

Christoph Butterwegge: Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, Campus Verlag, Frankfurt am Main 2009

Hans-Ulrich Wehler: Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland. Beck-Verlag, München 2013

Armut erkennen – Armutsberichterstattung in München

Die Münchner Armutsberichterstattung des Sozialreferats hat mittlerweile eine 30-jährige Tradition. Neun Armutsberichte sind bisher erschienen, der letzte 2012. Der zehnte ist für Ende 2017 vorgesehen. Wie kam es dazu, Armut mit wissenschaftlichen Methoden zu untersuchen, was war und ist die Aufgabe der Armutsberichte, was haben sie bewirkt und wie hat sich Armut in München quantitativ, strukturell und räumlich entwickelt?

Armut in einer „reichen Stadt“

„Jetzt wollen die SozialplanerInnen etwas untersuchen, was es in München nicht gibt.“ Das war die Reaktion der Stadtkämmerei, als wir Anfang der 1980er Jahre die Mittel für die erste Armutsuntersuchung beantragten.

Sozialverwaltung und freie Träger der sozialen Arbeit wurden demgegenüber in ihrer täglichen Arbeit zunehmend mit Armutsphänomenen wie steigende Fallzahlen in der Sozialhilfe und verstärkte Nachfrage nach sozialen Leistungen und Diensten konfrontiert. Im politischen Raum aber war Armut (noch) kein Thema, auch nicht auf Bundes- und Landesebene. Der erste Bericht unter dem neutralen Titel „Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern“ erschien 1999, 2002 folgte der erste „Armut- und Reichtumsbericht“ der Bundesregierung.

Gerade weil es sich beim Thema Armut einerseits um ein Tabuthema handelte, sich das Thema Armut aber auch gut zur Skandalisierung eignet, war es besonders wichtig, den Münchner Armutsbericht auf wissenschaftlich fundierter Basis von unabhängigen Experten erstellen zu lassen.

Zur quantitativen Erfassung des komplexen Phänomens Armut, das sich ja in massiver Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen wie Arbeit, Wohnung, Bildung, Gesundheit sowie sozialer Teilhabe zeigt, wurde das Schlüsselmerkmal „Einkommen“ zugrunde gelegt. Als arm wurde damals entsprechend der Festlegung auf europäischer Ebene definiert, wer weniger als 50 Prozent des durchschnittlichen nationalen Nettoeinkommens pro Kopf der Bevölkerung zur Verfügung hatte. Mittlerweile wurden die Berechnungen verfeinert und die Armutsrisikoschwelle auf 60 Prozent des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens festgelegt, ein errechnetes Pro-Kopf-Einkommen, das jedem Mitglied eines Haushalts, wenn es erwachsen wäre und alleine leben würde, den gleichen (äquivalenten) Lebensstandard ermöglichen würde, wie es ihn innerhalb der Haushaltsgemeinschaft hat. Der Median ist ein Mittelwert, der in der Mitte einer Zahlenreihe steht, ungeachtet der Zahlenwerte.

Diese Definition, die sich am Wohlstandsstandard der Gesellschaft orientiert und nicht an einer administrativen Setzung wie z. B. der Bemessungsgrenze für Grundsicherung nach SGB XII oder SGB II, hat den Vorteil der Realitätsbezogenheit. Die Zahl der Armen steigt somit nicht dadurch, dass – wie gerne argumentiert wird – die Transferleistungsgrenze erhöht wird, sondern es ergibt sich dann lediglich eine Verschiebung innerhalb der Armutspopulation; die „bekämpfte“ Armut wächst zu Lasten der relativen Armut.

Während die Einkommensermittlung bis 2000 schwierig war und der Kombination mehrerer Quellen bedurfte, bildet die ab 2000 durchgeführte Münchner Bürgerbefragung eine verbesserte Grundlage, die auch Aussagen zum Einkommensreichtum erlaubte.

Zur Funktion und Konsequenzen von Armutsberichterstattung

Armutsberichterstattung, speziell wenn sie von der Kommune betrieben wird, geschieht ja nicht vorrangig aus wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse, sondern hat eine ganz wichtige Funktion zur Begründung und inhaltlichen Konzipierung von Sozialpolitik und sozialer Arbeit.

Sie ist deshalb breit angelegt, umfasst neben der quantitativen Ermittlung die Struktur der von Armut Betroffenen und ihre Veränderung über den Zeitablauf. Armutsberichterstattung erfasst Verursachungsfaktoren von Armut, psychosoziale Auswirkungen, untersucht typische Armutskarrieren und besonders betroffene Gruppen. Sie ist teils räumlich orientiert, um Disparitäten innerhalb des Stadtgebiets aufzuzeigen. Armutsberichterstattung hat also – auf einen kurzen Nenner gebracht – die Aufgabe, die Voraussetzungen zu schaffen für eine wirksame Armutsbekämpfung.

Ein Blick auf die Verursachungsfaktoren von Armut – vor allem Arbeitslosigkeit, unzureichende Leistungen der vorrangigen Sicherungssysteme, Mängel bei den Transferleistungssystemen, hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück-

bleibende Lohnentwicklung in den unteren Einkommensgruppen, unzureichender Familienlastenausgleich sowie hohe Mietbelastungen – verdeutlicht, dass die Kommune zur Armutsbekämpfung nur bedingt in der Lage ist. Die wesentlichen Verursachungsfaktoren sind ihrem Einflussbereich weitgehend entzogen und liegen vor allem in der Zuständigkeit der übergeordneten Gebietskörperschaften.

Auch wenn einer kommunalen Armutsbekämpfung enge Grenzen gesetzt sind, so gibt es doch eine Reihe von wichtigen Ansatzpunkten zur Armutsbekämpfung. Der erste Münchner Armutsbericht, der dem Stadtrat im Mai 1987 vorgelegt wurde unter dem Titel „Neue Armut in München – Ursachen, Strukturen, Entwicklungstendenzen, sozialpolitische Konsequenzen“, sorgte für erhebliches Aufsehen. Die Größe des Armutspotentials, die besondere Betroffenheit von Haushalten mit Kindern, die Verursachungsfaktoren, die Bewältigungsstrategien, aber auch die psychosozialen Folgen, die im Rahmen der Studie thematisiert wurden, lieferten erheblichen Diskussionsstoff, führten zu einer Sondersitzung des Stadtrates mit Experten. Die Funktion der Bewusstseinsbildung konnte erfüllt und der Boden für sozialpolitische Aktivitäten bereitet werden.

Die vielfältigen Aktivitäten, Programme, Projekte, die über die Jahre als Konsequenz der kontinuierlichen Thematisierung des Themas Armut auf den Weg gebracht wurden, sind natürlich nicht monokausal, aber entweder durch die Armutsdiskussion initiiert oder erheblich verstärkt worden.

Als Folgen des 1. Armutsberichts lassen sich nennen:

- Intensivierung des sogenannten 2. Arbeitsmarktes, der mittlerweile in das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) mündete, das 2015 durch ein Programm zum 3. Arbeitsmarkt (für Langzeitarbeitslose, die einer längerfristigen/ dauerhaften Beschäftigung bedürfen) ergänzt wurde.
- Förderschwerpunkt „Maßnahmen zur Bekämpfung der ‚neuen‘ Armut“, z.B. Schuldnerberatung, hauswirtschaftliche Beratung
- Die Erkenntnis aus der Armutsstudie, dass soziale

Einrichtungen und Dienste oft erst dann aufgesucht werden, wenn „das Kind im Brunnen liegt“, führte zu einem Stadtteilprojekt, in dessen Rahmen sowohl die sozialen Einrichtungen vor Ort als auch die politische vor-Ort-Vertretung für das Problem Armut im Stadtteil sensibilisiert und die Vernetzung gefördert wurde.

Erfahrungen aus diesem Projekt bildeten später



Dokumentationsbroschüre ‚München gegen Armut‘ http://www.muenchen.info/soz/pdf/LHM_dokumentation_muenchen_gegen_armut2010.pdf

eine gute Grundlage für das Projekt REGSAM (Regionalisierung sozialer Arbeit in München), das seit 1999 flächendeckend eingeführt ist.

Der Ende 1991 vorgelegte Armutsbericht 1990 machte deutlich, dass Armut trotz mannigfacher Aktivitäten im Sozialbereich zugenommen hatte. Es zeigte sich, dass Armutsbekämpfung, soweit auf kommunaler Ebene möglich, verstärkt gesamtstädtisch anzulegen ist. Der Stadtrat beschloss daher 1992 die „Konzertierte Aktion zur Bekämpfung der Armut“. Dazu wurden verschiedene Arbeitsgruppen zu Wohnen und Wohnumfeld, Vermeidung von Arbeitslosigkeit, spezifischen Infrastrukturmaßnahmen, Einkommenssituation, Stadt-Umland gebildet.

Die „Konzertierte Aktion zur Bekämpfung von Armut“ war der richtige Ansatz, aber in der praktischen Durchführung ein zähes Geschäft. Vernetzung, übergreifende Ansätze, integrierte Handlungskonzepte

QUELLE: © LHM, SOZIALREFERAT, FACHSTELLE FÜR ARMUTSBEKÄMPFUNG

te waren damals noch viel schwieriger zu vermitteln als heute.

Aus der „Konzertierten Aktion zur Bekämpfung von Armut“ resultierte das Programm Wohnen in München II u. a. mit den Schwerpunkten Abbau der Unterbringung von Kindern in prekären Wohnverhältnissen und Verstärkung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus. Die Wohnungsbauprogramme wurden kontinuierlich fortgeschrieben, die Förderquote für öffentlich geförderten Wohnungsbau erhöht. Wohnen in München VI (Stadtratsvorlage vom 26.10.2016) erhöht u. a. weiter die Förderquoten, integriert neue Programme (z.B. Wohnen für alle) und vereinheitlicht die Systematik.

Ganz wesentlich für einen integrierten Ansatz zur Armutsprävention/ -bekämpfung war ab Mitte der 1990er Jahre die verstärkte sozialraumorientierte und integrierte Stadtentwicklungsplanung der „Perspektive München“ mit 14 Leitlinien und Leitprojekten, die Auswirkungen haben auf Armutsprävention und Armutsbekämpfung.

Das Bundesprogramm „Soziale Stadt“, das Ende der 90er Jahre begann, wurde gezielt in besonders armutsbetroffenen Stadtbereichen eingesetzt, um dort die soziale Infrastruktur und das soziale Miteinander der Bewohnerschaft zu verbessern. Auch die „Münchner Förderformel für Kindertageseinrichtungen“ orientiert sich an sozial benachteiligten Gebieten.

Die Umorientierung sozialer Arbeit in Richtung stärkerer Vernetzung und Sozialraumorientierung wurde ab Mitte der 90er Jahre Schwerpunkt der Organisationsentwicklung im Sozialreferat. Die zentralistisch organisierte, hochspezialisierte Sozialverwaltung wurde umgebaut zugunsten vor Ort präsenter, ganzheitlich organisierter Sozialbürgerhäuser in 12 Sozialregionen.

Die Zielsetzung, näher am Bürger zu sein und auf komplexe Problemlagen, wie in der Regel Armut, kompetent zu reagieren, wurde durch die Ergebnisse der Armutsberichterstattung, die den Handlungsbedarf gerade auch bei der Sozialverwaltung verdeutlichen, nachhaltig gefördert.

Die Fortschreibung des Armutsberichts 1997 sowie vor allem der Armutsbericht 2000 mit dem Schwerpunkt Armut von Familien mit Kindern beförderten den verstärkten Ausbau der Kindertagesbetreuung, der mit dem Krippenbedarfsplan Ende der 80er Jahre und der gezielten Förderung von Eltern-Kind-Initiativen seit 1986 begonnen hatte. Die starke Armutsbetroffenheit von Haushalten mit Kindern und speziell von Alleinerziehenden zeigte deutlich die Notwendigkeit, durch qualifizierte Kinderbetreuung den Frauen eine eigenständige Existenzsicherung zu

ermöglichen und das Abgleiten in Armut zu vermeiden. Der Ausbau der außerhäuslichen Kinderbetreuung wurde seither, nicht zuletzt auch durch den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, gezielt vorangetrieben.

Die Vertiefungsstudien der Armutsberichte, aber auch die anderen zielgruppen-/ problembezogenen Studien im Rahmen der Sozialberichterstattung verdeutlichten die schwierige finanzielle Situation der von Armut betroffenen Haushalte. Hierauf wurde vor allem seit Beginn 2000 reagiert.

Neben der schon länger existierenden einkommensorientierten Gebührenstaffelung – bis hin zur Gebührenbefreiung – bei Kindertageseinrichtungen sind besonders zu erwähnen

- Sonderzahlungen von 100 € zum Schuljahresbeginn für Kinder im Transferleistungsbezug (2007/2008),
- Erhöhung des bundeseinheitlichen Regelsatzes der Grundsicherung im Alter durch städtische Mittel (2008),
- Sozialticket für Hilfebezieher (halber Preis pro Monatskarte MVV) (2009).

Mit der Beteiligung Münchens am europäischen Jahr zur Bekämpfung der Armut und Ausgrenzung wurde in vielen Veranstaltungen Armut in ihrer gesamten Komplexität thematisiert und auf entsprechende Angebote und Hilfestellungen hingewiesen (s. Sozialreferat 2011).

Ab der Jahrtausendwende wurde auch zunehmend in anderen städtischen Referaten dem Aspekt von Armut und sozialer Ausgrenzung Rechnung getragen.

Die kontinuierlichen Bildungsberichte des Referats für Bildung und Sport thematisieren die schlechteren Bildungschancen sozial benachteiligter Kinder und dienen als Grundlage für wirkungsorientierte Steuerung innerhalb und außerhalb der Schule, z. B. in Form von Bildungslokalen in sozialbenachteiligten Gebieten.

Gleiches gilt für das Referat für Gesundheit und Umwelt, das in seinen Gesundheitsberichten die negativen Auswirkungen von Armut auf die gesundheitliche Situation handlungsrelevant werden lässt (s. z.B. RGU 2006).

Armutsberichterstattung als Bestandteil einer kontinuierlichen kommunalen Sozialberichterstattung kann, wie das Beispiel München m. E. zeigt, den Weg bereiten, dass sich die politisch Verantwortlichen, die Presse, die Öffentlichkeit aktiv mit dem Thema Armut, ungleicher Verteilung von Chancen und mit den negativen Konsequenzen für die Stadtgesellschaft auseinandersetzen. Dies ist eine notwendige Voraussetzung, um Armutsbekämpfung qualifiziert anzugehen.

Zur Entwicklung von Armut in München

Aufgrund der bereits angesprochenen Änderung der Datengrundlagen und der Armutsdefinition sind die Daten zur Armutspopulation und zur Armutsdichte nur zwischen 1986 und 2002 sowie zwischen 2002 bis 2011 vergleichbar. In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zeigte sich absolut und relativ ein steter Anstieg von Armut; in den 1990er Jahren verlief der Anstieg moderater. Das Jahr 2000 brachte eine Trendwende, erstmals ging Armut absolut und relativ zurück, doch bereits 2002 ist wieder eine Zunahme zu verzeichnen auf 156.700 bzw. 11,6 Prozent der Bevölkerung. Zwischen 2002 und 2010 ist die Zahl, auf geänderter Basis, auf 203.000 bzw. 15 Prozent gewachsen. (Der Wert vor 2002 bezieht sich auf die 50 %-Grenze, der Wert 2011 auf die 60 %-Grenze, s. oben. Alle genannten Daten beziehen sich auf die jeweiligen Armutsberichte.)

Die Verursachungsfaktoren und die Struktur der von Armut Betroffenen sind bisher relativ konstant. Armut entsteht in der Regel nicht durch persönliches Verschulden, sondern durch Brüche im geplanten Lebensablauf, vor allem durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Trennung, Scheidung, Wohnungsverlust. Sie entsteht aber auch zunehmend durch unzureichendes Erwerbseinkommen, gerade bei Familien mit Kindern sowie zunehmend auch durch unzureichende Rente bei älteren Menschen.

Seit Beginn der Armutsberichterstattung sind insbesondere Haushalte mit Kindern unter 15 Jahren gemessen am Bezug von Sozialhilfe bzw. ab 2005 SGB II-Leistungen überdurchschnittlich und in steigendem Ausmaß von Armut betroffen, 2011 jedes 10. Kind.

Während bei älteren Menschen (65+) die Sozialhilfequote 1985 bei 2,5 Prozent lag, wuchs sie erst nach 2000 auf 2011 4,6 Prozent der über 65jährigen, die Grundsicherung bezogen, an. Wobei seit 2006 ein kontinuierlicher Anstieg zu verzeichnen ist.

Die ausländische Bevölkerung ist seit Beginn der Armutsberichterstattung in allen Altersgruppen überproportional betroffen; besonders ausgeprägt bei den älteren Menschen. Bezogen auf die Haushaltstypen weisen Haushalte von Alleinerziehenden und Haushalte mit drei und mehr Kindern überproportionale Armutsquoten auf.

Armut wie Reichtum sind im Stadtgebiet unterschiedlich ausgeprägt. Historische Entwicklungen, Lage, Funktion und Baustruktur des Gebiets und nicht zuletzt die Wohnungspolitik sind wichtige Einflussfaktoren. 2011 wiesen die Anteile der Armutsbevölkerung (bekämpfte Armut) in den 25 Stadtteilen eine Spannweite von 12,3 Prozent in Ramersdorf-Perlach zu 3,4 Prozent in Altstadt-Lehel auf. (Die Daten der Bürgerbefragung lassen keine

teilräumliche Differenzierung zu, deshalb wird auf die Daten der Transferleistungsbezieher [2011 rd. 50 % der gesamten Armutspopulation] zurückgegriffen.) Die Armutstopographie zeigt über die Jahre eine relative Stabilität, wobei sich in einzelnen Stadtbezirken Abweichungen vom Gesamttrend in Form von Zu- und Abnahmen abzeichnen. Als Gründe für die Verringerung lassen sich vor allem Wegzug/Verdrängung, z. B. durch Gentrifizierung, aber auch Todesfälle anführen. Zunahmen sind in der Regel in Neubauquartieren, insbesondere mit hohen Anteilen familiengerechten Wohnraums zu verzeichnen.

Für konkrete Handlungsansätze wurde in ausgewählten Gebieten eine Analyse auf Basis der Stadtbezirksteile vorgenommen, um den Mittel- und Maßnahmeneinsatz zielgenau steuern zu können. Armut ist in München trotz aller Maßnahmen zur Armutsbekämpfung gestiegen. Die Zunahme von Armut ist ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das sich auch auf Landes- und Bundesebene zeigt. Dieser Gesamttrend lässt sich mit den Mitteln einer Kommune nicht aushebeln, aber in seinen Auswirkungen wohl abmildern.

Vergleicht man die Entwicklung des SGB-II-Bezugs in München mit anderen Großstädten, so liegt die Quote in München mit 6,0 Prozent am unteren Ende. Auch bei der besonders betroffenen Teilgruppe der unter 15-jährigen zeigt sich ein vergleichsweise günstiges Bild. Während in München jedes 10. Kind unter 15 Jahren auf SGB II-Leistungen angewiesen ist, gilt das in Berlin für jedes 3. und in Nürnberg für jedes 4. Kind.

Wesentlich weniger günstig sieht der Städtevergleich für die Grundsicherung im Alter aus; hier liegt München zwar niedriger als die meisten Vergleichsstädte, aber die Abstände sind geringer als bei der Grundsicherung für Arbeitslose (SGB II).

Wenn auch die Zunahme von Armut nicht verhindert werden konnte, so konnte doch der Umgang mit Armut in der Stadt erheblich verändert werden. Die Bewusstseinsbildung, die Sensibilisierung für Armut in der Politik, aber auch in der Stadtgesellschaft haben zu sozialpolitischen Maßnahmen, aber auch zu vielen Aktivitäten der Zivilgesellschaft im Sinne von Stiftungen, Spenden, Initiativen, Projekten geführt, die darauf abzielen, Armut zu bekämpfen, sie durch konkrete Hilfen erträglicher zu machen, Selbsthilfepotentiale zu aktivieren.

Zur wirksamen Armutsbekämpfung – soweit das auf kommunaler Ebene möglich ist – bedarf es, wie die Münchner Erfahrungen zeigen, eines integrierten Politikansatzes, der Armutsprävention/ Armutsbekämpfung als wichtiges kommunalpolitisches Ziel begreift und neben der klassischen Sozialpolitik vor allem Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik,

Bildungs- und Gesundheitspolitik sowie Wohnungs- und Städtebaupolitik umfasst.

Es braucht einen Paradigmenwechsel von der kommunalen Sozialpolitik hin zu einer sozialen Kommunalpolitik. Ein solcher Politikansatz umfasst die Partner in der sozialen Arbeit ebenso wie die zivilgesellschaftlichen Akteure, die es gezielt zu unterstützen gilt.

PETRA SCHMID-URBAN

Dr. Petra Schmid-Urban ist Soziologin und ehemalige stellvertretende Sozialreferentin der Landeshauptstadt München. Sie ist Mitglied des Programmausschusses des Münchner Forums.

Zum Weiterlesen

Schmid-Urban, Petra: Chancen und Grenze kommunaler Armutsberichterstattung am Beispiel München. In: Kolhoff, L., Beck, R. et al: Zwischen Ökonomie und sozialer Verantwortung. Ziel-Verlag Augsburg 2005

LH München Sozialreferat (Hrsg.): München gegen Armut – Dokumentationsbroschüre zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. München 2011

LH München Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU): Soziale Ungleichheit, Armut und Gesundheit in München. München 2006

„Steigende Mieten und Lebenshaltungskosten verdrängen die angestammte Bevölkerung aus unserer Stadt“ – Interview mit der Münchner Sozialreferentin Dorothee Schiwy

Seit dem Armutsbericht 1985 wird Armut in München thematisiert. Wann ist ein Mensch/ ein Haushalt/ eine Familie arm?

Haushalte gelten als armutsgefährdet, wenn ihr Haushaltsnettoeinkommen weniger als 60 Prozent des mittleren aller Haushaltseinkommen beträgt. München orientiert sich dabei an den Münchner Einkommensverhältnissen. Die sogenannte Armutsschwelle lag in München 2016 bei 1.350 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe vergleichbar zu machen, wird das Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltsgröße gewichtet. Beispielsweise liegt die Armutsschwelle für eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kinder unter 14 Jahren bei 2.835 Euro. Nach dieser Messgröße sind aktuell rund 17 Prozent der Münchner Haushalte armutsgefährdet.

Seit wenigen Jahren wird auch das Thema Reichtum zunehmend thematisiert. Wann ist ein Mensch/ ein Haushalt/ eine Familie reich?

München thematisiert das Thema Reichtum bereits seit über 10 Jahren. Analog zur Armutsschwelle gelten Haushalte als reich, die über mehr als 200 Prozent des mittleren aller Haushaltseinkommen verfügen. Das mittlere Pro-Kopf-Einkommen (Median) liegt in München laut unserer Schwerpunktbefragung zur sozialen und gesundheitlichen Lage bei 2.250 Euro für einen Einpersonenhaushalt. Demzufolge ist

in München reich, wer als Alleinstehender ein Nettoeinkommen von mehr als 4.500 Euro hat. Auch hier wird das Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltsgrößen gewichtet. Der Anteil der reichen Haushalte lag bei der Befragung 2016 bei 9 Prozent.

Wann wird der neue Armutsbericht vorgelegt, und gibt es bereits erste Aussagen zur Entwicklung von Armut und Reichtum in München?

Der Münchner Armutsbericht wird alle fünf Jahre veröffentlicht. Der Armutsbericht 2017 erscheint im Dezember 2017. Er wird differenzierte Aussagen zu Armut und Reichtum enthalten; allerdings ist die Datenlage bei den höheren Einkommen und Vermögen in Deutschland sehr schlecht. Wir wissen viel über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse von armen Menschen, im Grunde aber wenig über die Reichen und Superreichen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schätzt, dass am oberen Ende der Vermögenspyramide 0,5 Prozent der Deutschen 25,9 Prozent des Vermögens besitzen und am unteren Ende 50 Prozent der Deutschen lediglich über 2,6 Prozent des Gesamtvermögens verfügen.

Wer ist arm in München?

Das Armutsrisiko ist besonders hoch bei Alleinerziehenden und Familien mit mehreren Kindern, bei Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss, bei Menschen mit Behinderungen und bei chronisch

Kranken. Zunehmend sind auch ältere Menschen von Armut betroffen, weil die Rente nicht zum Leben ausreicht.

Und warum ist jemand arm?

Die Gründe für Armut sind vielschichtig. In München sind es die hohen Lebenshaltungskosten, insbesondere die Mieten, die das Armutsrisiko vergrößern. Eine ganz wesentliche Ursache für Armut sind Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse, mit denen ein auskömmliches Einkommen nicht gesichert ist. Einem besonders hohen Armutsrisiko sind Alleinerziehende ausgesetzt, meistens sind es Frauen mit ihren Kindern. Wenn beispielsweise Unterhaltszahlungen ausbleiben oder die Kinderbetreuung nicht ausreichend gesichert ist, um einer Vollzeitwerbsarbeit nachzugehen, wird das Geld knapp.

Wie lange ist jemand arm?

Im letzten Armutsbericht hatten wir festgestellt, dass nahezu 14.000 Personen ab 18 Jahren fünf Jahre und länger Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) beziehen. Je älter die Menschen sind, desto länger verbleiben sie in der Grundsicherung. Der Weg aus der Armutsfalle wird mit zunehmendem Alter immer schwieriger. Betroffen sind außerdem Kinder, wenn sie in Haushalten aufwachsen, die im Leistungsbezug sind.

Konzentriert sich Armut auf bestimmte Stadtviertel? Welche sind dies?

Auch in München konzentriert sich Armut auf bestimmte Viertel. Das hängt vor allem mit den Mieten zusammen, die in diesen Stadtvierteln im Verhältnis günstiger sind. Zwar spüren wir auch in München Phänomene wie Gentrifizierung und Segregation, doch wirkt die Landeshauptstadt diesen Entwicklungen durch das im bundesweiten Vergleich größte kommunalpolitische Wohnungsbauprogramm und eine soziale Mischung der Bewohnerschaft entgegen.

Welche Konsequenzen und Wirkungen hat Armut für das Zusammenleben in der Stadtgesellschaft?

Wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet, gerät die Stadtgesellschaft aus dem Gleichgewicht. Soziale Spannungen und Ausgrenzung sind dann die Folge.

Warum bekämpft die Stadt überhaupt Armut?

Wir bekämpfen Armut, um allen Menschen in München gesellschaftliche Teilhabe und ein Leben in Würde zu ermöglichen. Soziale Gerechtigkeit

hat in der Münchner Kommunalpolitik einen hohen Stellenwert, und das seit Jahrzehnten. Mit dem Armutsbericht, der bereits seit 30 Jahren erstellt wird, zeigen wir konkrete Handlungsmöglichkeiten auf, die einer weiteren Spaltung der Gesellschaft in arm und reich vorbeugen sollen.

Wie wollen Sie Armut bekämpfen?

Die Vermeidung und Bekämpfung von Armut muss auf verschiedenen Ebenen stattfinden, alle Politikbereiche sind hier angesprochen. Die Landeshauptstadt vermeidet, bekämpft und lindert Armut vor allem durch ein breites Angebot an sozialer, schulischer, gesundheitsbezogener Infrastruktur, die wir als freiwillige Leistung neben unseren gesetzlichen Verpflichtungen stemmen. Daneben haben wir das deutschlandweit größte kommunale Wohnungsbauprogramm und das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm, kurz MBQ. Darüber hinaus hat München als einzige Kommune in der Bundesrepublik die staatliche Grundsicherung im Alter um einen monatlichen Beitrag von 21 Euro pro Person aufgestockt. Mit Hilfe von Spenden- und Stiftungsmitteln können wir Menschen in wirtschaftlichen Notlagen zusätzlich unterstützen. Nötig wäre aus meiner Sicht eine Anhebung des Rentenniveaus oder eine seriöse Bemessungsgrundlage für die Berechnung der Regelbedarfe im SGB II und SGB XII. Bei beiden Themen ist die Bundespolitik gefragt.

Haben Sie bei der Aufgabe der Armutsbekämpfung Verbündete?

Ohne ein breites Bündnis in der Stadtpolitik und die Unterstützung beispielsweise der freien Wohlfahrtspflege, der Kirchen und zahlreicher Organisationen wäre die wirksame Vermeidung und Bekämpfung von Armut nicht möglich. Mein Dank gilt auch den Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen, die durch ihre Tatkraft und ihre Spenden- und Stiftungsmittel dazu beitragen, dass Menschen mit geringen Einkünften am gesellschaftlichen Leben in München teilhaben können.

Was kostet die Bekämpfung der Armut?

Das lässt sich nicht mit einer Summe beziffern. Armutsbekämpfung beginnt bei der Armutsprävention. Insofern trägt ein großer Teil des Haushalts des Sozialreferates und Teilbereiche weiterer Referate wie z.B. des Referates für Bildung und Sport und des Referates für Gesundheit und Umwelt zur Armutsbekämpfung bei. Wenn wir bei der Armutsbekämpfung sparen, werden die Folgekosten beispielsweise durch Langzeitarbeitslosigkeit – volkswirtschaftlich betrachtet – deutlich höher sein.

Welche konkreten Forderungen haben Sie an die Stadtpolitik, Land und Bund und die Zivilgesellschaft?

Gegenüber der *Stadtpolitik* würde ich eher von einem Wunsch sprechen, nämlich dass der sozialen Gerechtigkeit, von der ich eben sprach, auch weiterhin ein hoher Stellenwert eingeräumt wird und München eine soziale Stadt bleibt.

Armut ist ein *gesamtgesellschaftliches* Problem und kein Phänomen, das allein auf kommunaler Ebene zu lösen ist – auch wenn die Kommunen die Auswirkungen oftmals am deutlichsten spüren. Was wir brauchen, sind z.B. Sozialleistungen, die an die Lebenshaltungskosten und -verhältnisse angepasst sind. Wir fordern, dass die Pauschalierung im SGB XII aufgehoben wird und die einmaligen Leistungen analog des Bundessozialhilfegesetzes wieder eingeführt werden, um auf Notlagen flexibel reagieren zu können. Zudem sollten die Vermögensfreigrenzen im SGB XII denen des SGB II angeglichen werden. Wir brauchen mehr finanzielle Unterstützung beim Wohnungsbau und bei Beschäftigung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten. Zudem wünsche ich mir wirkungsvollere Instrumente im Kampf gegen Mietwucher und Zweckentfremdung. Das sind Themen, die wir auch über unsere Gremien wie den Bayerischen und Deutschen Städtetag in die Landes- und Bundespolitik einspeisen.

Die *zivilgesellschaftliche* Hilfsbereitschaft, die sich beispielsweise bei der Unterstützung der Flüchtlinge durch viele Münchner Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zeigt, ist großartig. Dieses Engagement ist es, was eine solidarische Stadtgesellschaft ausmacht. Ich hoffe, dass in einer Stadt wie München, die als Boomtown Einzelnen einen sehr hohen Lebensstandard ermöglicht, die Bedürftigen von der Bevölkerung nicht aus dem Blick verloren werden. Dabei kann die Zivilgesellschaft und das damit verbundene bürgerschaftliche Engagement natürlich kein Ersatz für fehlende Sozialleistungen und professionelle Hilfe sein.



FOTO: © MICHAEL NAGY

Dorothee Schiwy, Münchner Sozialreferentin

Wie beurteilen Sie die Entwicklung von Armut und Reichtum in München mit Blick auf die Zukunft?

Die Herausforderungen werden nicht weniger, im Gegenteil, denn München wächst weiter. Vielen Bevölkerungsteilen geht es wirtschaftlich sehr gut, und die Menschen werden älter. Wir schätzen zum Beispiel, dass 2030 knapp 25.000 Rentnerinnen und Rentner auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sein werden, weil ihre Rente nicht ausreicht. Das wären doppelt so viele wie heute. Sorge bereitet mir die Gefahr, dass die immer weiter steigenden Mieten und Lebenshaltungskosten die angestammte Bevölkerung aus unserer Stadt verdrängen. Dieses Problem trifft insbesondere ältere Menschen, aber genauso Alleinerziehende, Geringverdiener und Behinderte. Ich werde mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass wir uns als kommunale Sozialverwaltung diesen Gefahren entgegenstellen, und setze dabei auch auf unsere Kooperationspartner. Auch wenn wir Armut nicht in jedem Fall verhindern können, so müssen wir sie wenigstens lindern.

Dorothee Schiwy, Juristin, war über viele Jahre Stabschefin des damaligen Oberbürgermeisters Christian Ude, leitete ab 2014 die Verwaltung im Referat für Bildung und Sport, bevor sie als Stadtdirektorin im April 2016 an die Spitze des Sozialreferats wechselte. Seit Juli 2016 ist sie Sozialreferentin.

Über den KMFV

Der Katholische Männerfürsorgeverein München e.V. (KMFV), gegründet am 19. April 1950, ist ein in der Erzdiözese München und Freising tätiger, caritativer Fachverband. Dem Auftrag seines Gründers Adolf Mathes folgend wendet sich der Verein an wohnungslos, arbeitslos, suchtkrank und straffällig gewordene Mitbürger. Der KMFV beschäftigt rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In über 20 stationären, teilstationären und ambulanten Einrichtungen sowie Diensten werden insgesamt etwa 1.200 Plätze für Hilfesuchende

angeboten. Der KMFV pflegt dabei eine Organisationskultur, die geprägt ist durch Partnerschaft und den zielgerechten Einsatz der fachlichen und ökonomischen Ressourcen. Als Träger und Fachverband ist der KMFV ein vertrauenswürdiger und zuverlässiger Partner der mit der sozialen Arbeit befassten Behörden und der im selben Arbeitsfeld tätigen Fachorganisationen. Der Verein ist bestrebt, durch Zusammenarbeit und Austausch mit seinen Partnern dem betroffenen Mitbürger ein effizientes Hilfenetz zur Verfügung zu stellen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.kmfv.de 

Armut in München – Frauenobdach KARLA 51

Renate Hallmann (Name geändert) ist 54 Jahre alt. Im Zuge eines Rationalisierungsprozesses hat sie vor drei Jahren ihre Arbeit verloren und seitdem keine neue gefunden. Von Hartz IV kann sie ihre Wohnung nicht mehr bezahlen. Sie schämt sich, nach Jahrzehnten des selbständigen Lebens „dem Staat auf der Tasche“ zu liegen. Rechnungen stapeln sich in ihrer Wohnung, aus Angst und Scham öffnet sie sie nicht mehr. Letztendlich wird Frau H. zwangsgeräumt. Einige Wochen findet sie noch Unterschlupf bei Bekannten, dann steht sie endgültig auf der Straße. Mit zwei Kartons und mehreren Tüten findet sie nachts um halb drei Uhr Aufnahme im Frauenobdach.



FOTO: © KARLA 51

Hauseingang KARLA 51

Hunderte dieser oder ähnlicher Geschichten kennen die Mitarbeiterinnen von KARLA 51 – der Münchner Notunterkunft und Beratungsstelle für wohnungslose Frauen und Mütter mit Kindern.

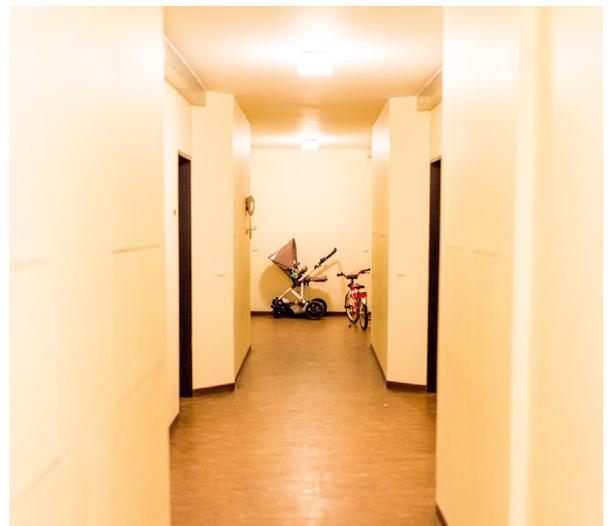
Träger des Hauses ist das Evangelische Hilfswerk München, eine Tochter der Inneren Mission. Das Evangelische Hilfswerk hat sich zur Aufgabe gemacht, Menschen in Notlagen zu helfen. Es ist Träger verschiedener Beratungsstellen und Einrichtungen für Menschen in Not. Neben der evangelischen Bahnhofsmision, der Schuldnerberatungsstelle und der Beratungsstelle für männliche und weibliche Prostituierte bietet es Hilfen für wohnungslose und straffällig gewordene Männer und Frauen an sowie Hilfen für wohnungslose Familien (http://www.hilfswerk-muenchen.de/7_7_1_hilfeangebote.html )

Wohnungslosigkeit ist in Deutschland die extremste Erscheinungsform von Armut – das zeigt sich in München ganz besonders: Kostenloses Essen und Kleidung finden Menschen mit geringem oder keinem Einkommen relativ leicht. Verhungern muss in München niemand. Aber Wohnen, ein eigenes Dach über dem Kopf haben, ein Zimmer, zu dem niemand sonst Zugang hat, das wird in München immer schwieriger.

Die Stadt zieht Menschen aus unterschiedlichsten Teilen Deutschlands und der Welt an; mit einer

der niedrigsten Arbeitslosenquoten in Deutschland finden hier auch fast alle Menschen einen Job. Ein eigenständiges Leben können sich jedoch nicht alle davon finanzieren, denn es gibt viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Mittlerweile kommt es häufig vor, dass sich Menschen mit Vollzeitjobs in München keine eigene Wohnung mehr leisten können. Städtische Notquartiere, Arbeiterwohnheime, Beherbergungsbetriebe: sie alle sind überfüllt und haben lange Wartelisten. Immer mehr sind gezwungen, bei Bekannten, im Auto, in der Bahnhofsmision, in so genannten wilden Camps zu übernachten.

Dazu gibt es einen Anteil an psychisch oder körperlich Kranken, an Suchtkranken und alten Menschen, die mit dem bundeseinheitlichen Hartz-IV-Regelsatz oder der Grundsicherung im teuren München nur mit Hilfe von sozialen Einrichtungen über die Runden kommen. Sie sind angewiesen auf Kleiderkammern, Tafeln, Gelder von Stiftungen, usw. Ein Teil der wohnungslosen Menschen erhält gar keine Hilfen zum Lebensunterhalt – sei es, weil sie zu viel Scham und Stolz empfinden, um „zum Amt“ zu gehen, sei es, weil sie in München „nicht anspruchsberechtigt“ sind: Zum Beispiel weil sie die geforderten Unterlagen nicht beibringen können oder



Innenansicht Flur KARLA 51

FOTO: © KARLA 51

zu kurz in München leben.

KARLA 51 berät und betreut Frauen, die sich in solchen Situationen befinden. Seit 20 Jahren gibt es das Frauenobdach ganz in der Nähe des Münchner Hauptbahnhofs (www.karla51.de). Es ist mit seinem breit gefächerten Angebot einmalig in Deutschland. Für das Haus gibt es keine Aufnahmebedingungen und keine Ausschlusskriterien: Jede Frau in Not, die nicht weiß, wo sie übernachten soll, findet rund um die Uhr, an jedem Tag im Jahr, Aufnahme, Beratung und Hilfe.

40 Einzelzimmer mit angeschlossenem kleinen Bad und Gemeinschaftsküchen stehen im Haus zur Verfügung. Dort können die Frauen, für die KARLA 51 zumeist die letzte Rettung ist, zur Ruhe kommen



FOTO: © KARLA 51

Küche im Frauenobdach KARLA 51

und dann ihre spezielle Problemlage mit einer Sozialpädagogin besprechen. Während des Aufenthalts bei KARLA 51 erhalten die Frauen Hilfestellungen aller Art: Meist geht es um Schuldenregulierung, psychische Hilfestellungen, Existenzsicherung und eine langfristige Wohnmöglichkeit.

Das Frauencafé, das im Haus integriert ist, stellt einen wichtigen Treffpunkt dar für aktuelle oder ehemalige Bewohnerinnen sowie für externe Besucherinnen. Allen gemeinsam ist, dass sie mit dem Geld, das sie zur Verfügung haben, in München nicht selbständig leben können. An fünf Tagen in der Woche haben Frauen hier die Möglichkeit, sich auszutauschen, gemeinsam zu essen, Wäsche zu waschen, zu duschen. Sie können mit einer Ärztin oder einer Psychiaterin sprechen. In der hauseigenen Kleiderkammer können sie sich saubere und gut erhaltene Kleidung aussuchen. Eine Friseurin bietet regelmäßig ehrenamtlich ihre Dienste an, alle zwei Wochen gibt es kostenlose Fußpflege.

Kleine Konzerte, Erzählrunden, Geburtstagsfeiern und andere Feste bilden den Rahmen, in dem sich die Frauen wohl fühlen können. Während der Öffnungszeiten des Cafés ist immer eine Sozialpädagogin im Dienst, die sofort und unbürokratisch Hilfe leistet,

falls jemand Unterstützung braucht. Im Café setzt KARLA 51 die viel beschworene „gesellschaftliche Teilhabe“ jeden Tag ganz konkret um.

Seit einigen Jahren steigt die Anzahl der wohnungslosen Frauen in Deutschland. Bei KARLA 51 fragen mehr als 2.000 pro Jahr nach einer Unterkunft. Wir müssen immer mehr Frauen abweisen, weil kein Zimmer frei ist. Einige Frauen sind deutlich länger als acht Wochen – die im Konzept vereinbarte Aufenthaltsdauer – bei uns, weil die Menge der Wohnungslosen in München die Zahl der Betten in Anlusseinrichtungen bei weitem übersteigt. Frauen aus KARLA 51 müssen häufig mehrere Monate warten, bis sie einen Platz bekommen, an dem sie längerfristig bleiben und auf eine Wohnung oder ein eigenes Zimmer warten können.

Insbesondere die Zahl der wohnungslosen Schwangeren und Mütter mit Kindern steigt deutlich. Im Jahr 2000 lebten insgesamt sechs Kinder im Haus, 2015 waren es 34. Aktuell wohnen acht schwangere Frauen in KARLA 51. Sie stehen kurz vor der Entbindung und wünschen sich natürlich, ein Zuhause, ein Nest für ihre Babys bauen zu können. Sie müssen aber nach der Entbindung wieder zurück in unsere Unterkunft für obdachlose Frauen.

Am anderen Ende der Skala steht der immer höhere Anteil an alten Frauen: 2000 war die älteste Bewohnerin 75 Jahre alt; im vergangenen Jahr kam eine 93jährige obdachlose Frau bei uns unter.

Was bedeutet es für eine Stadt, die zu den reichsten in Deutschland gehört, dass immer mehr Mütter mit Kindern, schwangere und alte Frauen von Armut betroffen sind und keine Wohnung finden? Wie kommt unsere Gesellschaft damit zurecht, dass die Schwächsten und Bedürftigsten in unserer Gesellschaft so ausgegrenzt werden?

Frau H. erhält, während sie in KARLA 51 wohnt, Termine bei der Schuldnerberatung, beim Arbeitslosenzentrum und dem Münchner Wohnungsamt. Nach acht Wochen steht sie auf der Warteliste für eine Anlusseinrichtung und hat Aussicht auf eine kleine Wohnung, die sie auch mit Hartz IV bezahlen kann. Sie freut sich auf einen Neuanfang.

ISABEL SCHMIDHUBER

Isabel Schmidhuber ist Dipl.-Sozialpädagogin (FH) und arbeitet als Einrichtungsleiterin von Frauenobdach KARLA 51

KARLA 51 ist auf Spenden angewiesen, um auch weiterhin Frauen in Not unterstützen zu können. Bitte helfen Sie:

IBAN: DE33 70020270 0002 7544 44,

BIC: HYVEDEMMXXX,

Kontoinhaber: Evangelisches Hilfswerk München

Stichwort/ Verwendungszweck: KARLA 51.

Die Teestube „komm“-Streetwork

Seit nunmehr 36 Jahren gibt es in der Zenettistraße 32 die Teestube „komm“ als Tagesaufenthalt für Menschen, die obdachlos sind oder von Obdachlosigkeit bedroht sind. Der Doppelname Teestube „komm“-Streetwork dieser Einrichtung des Evangelischen Hilfswerks München weist auf die beiden Hauptaspekte der Arbeit dieser im Münchner Schlachthofviertel gelegenen Einrichtung der Wohnungslosenhilfe hin. Das Wort „komm“ betont die Offenheit der Einrichtung für ihre Besucher. Gleichzeitig besagt der Namensbestandteil „Streetwork“, dass die Sozialarbeiter* dieser Einrichtung auch im öffentlichen Raum arbeiten.



FOTO: © TEESTUBE „KOMM“

Innenansicht der Teestube

Hinter dem Konzept steht die Erkenntnis, dass die oft benötigte Hilfe für die Gruppe der in extremer Armut lebenden Obdachlosen nicht durch die „komm“-Struktur alleine geleistet werden kann. Vielmehr hat es sich als nötig erwiesen, Hilfestellung aktiv zu den „Bewohnern“ von Straßen, Brücken und öffentlichen Plätzen zu bringen. Denn viele der in Armut gefangenen Mitmenschen sind aus unterschiedlichen Gründen nicht oder nur bedingt in der Lage, von sich selbst aus Unterstützung zu suchen. Die Teestube „komm“ bietet deshalb mit ihrer Streetwork aktiv Hilfen an, um das Leben auf der Straße zu beenden. Bei der aufsuchenden Arbeit (Streetwork) bringt das sozialpädagogische Fachpersonal die Hilfeangebote direkt vor Ort, immer mit dem Ziel, der Obdachlosigkeit abzuhelpfen.

Armut in ihrer extremen Form von Obdachlosigkeit zeigt sich nicht nur in oft mangelhafter finanzieller Ausstattung, sondern bemisst sich auch in Kategorien wie beispielsweise fehlender Bildung und geringen Chancen am Arbeitsmarkt, mangelnden sozialen Kontakten, Gesundheit und Sucht, Erreichbarkeit von gesellschaftlichen Ressourcen usw. An

all diesen Themen knüpfen die Sozialpädagogen der Teestube „komm“ in ihrer Arbeit an, um individuelle Hilfemöglichkeiten zu erschließen. Diese kommen aus einrichtungseigenen Angeboten des Unterstützten Wohnens wie beispielsweise Betreuten Wohngemeinschaften oder Einzelbetreutem Wohnen und auch aus der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen und Diensten des Münchner Hilfesystems.

Der Tagesaufenthalt stellt neben dem täglich von 14.00 bis 20.00 Uhr geöffneten „Schutzraum“ auch einen wetterfesten Treffpunkt dar, in dem Obdachlose und von Obdachlosigkeit Bedrohte in ungewohnter Atmosphäre Kontakte

zu Anderen herstellen und pflegen können. Hier ist insbesondere der Einsatz zahlreicher ehrenamtlicher Helfer eine unverzichtbare Hilfe für das sozialpädagogische Fachpersonal, das in Beratungsgesprächen gezielt versucht, mit den Besuchern individuelle Strategien zur Überwindung ihrer Obdachlosigkeit zu finden. Denn als Ergänzung dazu stellen auch Menschen, die keine sozialpädagogische Ausbildung besitzen, der Einrichtung und ihren Besuchern ihre Zeit zur Verfügung. So wird dem Gefühl entgegen gewirkt, ausgegrenzt zu sein, das mit dem Thema Armut und auch Obdachlosigkeit oftmals einhergeht.

Die Teestube „komm“ fördert mit ihrer Arbeit das Selbsthilfepotential der in extremer Armut lebenden Obdachlosen, die sich in München aufhalten. Aus diesem Grund stellt sie neben dem bloßen Tagesaufenthalt auch ein Rahmenangebot für die Zielgruppe zur Verfügung. Dieses umfasst neben Wasch- und Duschkmöglichkeiten auch eine Selbstversorgerküche und die Ausgabe kostengünstiger Warm- und Kaltgetränke sowie die Möglichkeit, postalisch erreichbar zu sein. Alle diese Hilfeangebote im Sinne einer Grundversorgung zum Überleben auf der

Straße haben nicht nur den Hintergrund, dass sie das Aufsuchen des Tagesaufenthalts für die Zielgruppe attraktiv machen sollen, sondern sie helfen dabei, die Besucher zu aktivieren. Denn Armut bedeutet aufgrund fehlender Ressourcen immer auch, zur Passivität gezwungen zu sein.

Die Aktivierung von Selbsthilfekräften ist auch das Ziel des zweiten Teils der Arbeit der Teestube „komm“: der Streetwork. Hier bieten wir denjenigen Menschen Hilfe an, die es – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr oder noch nicht schaffen, von sich aus um Hilfe nachzusuchen. Dazu suchen die Sozialpädagogen der Teestube „komm“ Obdachlose an ihren Schlafstätten und Treffpunkten auf. Dort finden Beratungsgespräche statt, die ebenfalls dem Ziel dienen, extreme Armut langfristig zu überwinden. Auch hierbei bieten wir individuelle Hilfen an mit dem Ziel, die akute Obdachlosigkeit zu beseitigen. Wie lange dieser Prozess dauert, ist stark unterschiedlich und hängt vom individuellen Bedarf ab.

Zunächst ist es die Aufgabe der Streetworker, Vertrauen aufzubauen, um in weiteren Schritten gezielt Hilfen anzubieten. Auch hier spielt die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen des Münchner Hilfesystems eine große Rolle. Insbesondere arbeiten die Sozialpädagogen der Teestube „komm“-Streetwork mit allen Übernachtungseinrichtungen zusammen, die die freien und öffentlichen Träger der Wohlfahrtspflege in München betreiben. Auch die Vernetzung mit Beratungsstellen sowie mit Ämtern und

Behörden ist essentiell für eine erfolgreiche Sozialarbeit, die das Ziel hat, Obdachlosigkeit als sichtbare Ausprägung extremer Armut zu überwinden.

Letzten Endes sind oft viele sehr kleine Schritte und Kontakte zwischen Sozialpädagogen und obdachlosen Mitbürgern nötig, um dieses Ziel zu erreichen. Diese allerdings sind unabdingbar; und es hängt gerade vom gelingenden Aufbau einer persönlichen Beziehung der Streetworker zu wohnungslosen Menschen ab, dass in der Folge auch weitere Schritte möglich sind. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund des extrem angespannten Wohnungsmarktes in München, der voller Schwierigkeiten für Mitbürger mit wenigen Ressourcen steckt.

Daher zeigt sich in den beiden Namensbestandteilen der Teestube „komm“-Streetwork die Relevanz der Beziehungen zwischen Sozialarbeitern und Wohnungslosen für eine gelingende Aktivierung von Selbsthilfekräften zur Überwindung extremer Armut in einer ihrer schlimmsten Auswirkungen.

CHRISTOF LOCHNER

Christof Lochner ist Dipl.-Sozialpädagoge und seit über zwölf Jahren bei der Teestube beschäftigt, zunächst acht Jahre als Streetworker, danach im Betreuten Einzelwohnen für junge Haftentlassene, zusätzlich auch im Tagesaufenthalt. Seit September 2016 ist er stellvertretender Leiter der Teestube.

** aus Gründen der Lesbarkeit wird in diesem Beitrag durchgängig die männliche Form verwendet, wemgleich selbstverständlich immer auch die weibliche Form gemeint ist.*

BISS – das Münchner Sozialunternehmen Bürger in sozialen Schwierigkeiten e.V.

BISS ist ein Zeitungsprojekt, das seit 1993 Bürgern in sozialen Schwierigkeiten hilft, sich selbst zu helfen. Das Magazin wird von armen und ehemals obdachlosen Menschen verkauft. Vom Verkaufspreis von 2,20 Euro behalten die Verkäufer 1,10 Euro. BISS setzt auf Arbeit als Schlüssel zur Integration und schafft für Verkäufer, die auf dem Arbeitsmarkt keine Chance haben, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Zurzeit sind 49 von rund 100 Verkäufern fest angestellt. Der Verein BISS e.V. ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt. Um sozial benachteiligten jungen Menschen zu einer Berufsausbildung zu verhelfen, hat der Verein BISS im Jahr 2008 die Stiftung BISS gegründet.

Das Straßenmagazin

Das Straßenmagazin BISS ist politisch unabhängig und versteht sich als Lobby von Bürgern in sozialen Schwierigkeiten. Es wird nicht nur von Journalisten gemacht, auch die Verkäufer kommen zu Wort. In der Schreibwerkstatt verfassen sie mit

der Unterstützung dreier Journalisten Beiträge, die in BISS veröffentlicht werden. Die Themen stammen schwerpunktmäßig aus den Bereichen Soziales und Sozialpolitik. Die verkaufte Auflage liegt bei durchschnittlich 40.000 Exemplaren im Monat. Die Verkäufer haben ein Einkommen und einen struk-

turierten Tagesablauf. Erfahrungsgemäß sind es die vielen ermunternden Begegnungen mit Kunden am Standplatz, die den Verkäufern Lebensmut geben und sie ihre Mühsal leichter ertragen lassen.

Hilfe zur Arbeit als Eingliederung in die Gesellschaft

Es kommen regelmäßig hilfebedürftige Menschen zu BISS, denen es nahezu an allem fehlt, was ein menschenwürdiges Dasein ausmacht: Sie haben keine Arbeit und kein Geld, leben auf der Straße und sind gesundheitlich in einer sehr schlechten Verfassung. Hier geht es darum, diese Menschen wieder an die Gesellschaft heranzuführen und sie überhaupt an Arbeit zu gewöhnen. BISS berät Hilfebedürftige und vermittelt sie an andere soziale Einrichtungen, falls für jemand der BISS-Verkauf überhaupt nicht in Frage kommt.

Weltweit einmalig: Die Festanstellung der Straßenzeitungsverkäufer

Nahezu die Hälfte der BISS-Verkäufer, aktuell 49 von 103 (Stand November 2016), hat einen Arbeitsplatz mit Festanstellung, d.h. sie verkaufen monatlich eine vertraglich vereinbarte Anzahl an Zeitschriften und bekommen dafür ein festes Gehalt. Diese angestellten Verkäufer sind sozialversichert und zahlen Steuern und Sozialabgaben. Wenn Verkäufer lange arbeitsunfähig sind, zahlt BISS als Arbeitgeber das Entgelt weiter, bis nach 6 Wochen die Krankenkasse das Krankengeld übernimmt. Paten übernehmen den Teil des Gehalts, den ein BISS-Verkäufer nicht erwirtschaften kann. Im Schnitt 5.000,00 Euro pro Verkäufer und Jahr. Teilpatenschaften sind möglich. Es gab durchaus Stimmen, die davor warnten, etwa vor den Risiken für den Arbeitgeber BISS, die er mit seinen durch Obdachlosigkeit und Armut schwer belasteten Mitarbeitern eingehen würde. BISS kann aus voller Überzeugung sagen, in den vielen Jahren nahezu ausschließlich die besten Erfahrungen gemacht zu haben. Ein fester Arbeitsplatz bewirkt enorm viel, denn er schafft finanzielle Sicherheit und bindet den betroffenen Menschen in ein soziales Netzwerk und somit in die Gesellschaft ein.

Hilfen für arme und sozial benachteiligte Menschen

Aufgrund der Spenden und Patenschaften kann BISS vielen Menschen helfen: Mit einer Zuwendung im Einzelfall, einer niedrigschwelligen Beschäftigung zum Wiedereinstieg bis hin zu einem festen Arbeitsplatz. BISS setzt Spendengelder ein für medizinische und zahnmedizinische Versorgung, Wohnraumbeschaffung, Möbel, Kleidung und für Einzelfallhilfen aller Art. Alle Spenden werden für

Bürger in sozialen Schwierigkeiten eingesetzt.

Die drängende Sorge: Wohnraum für obdachlose und arme Menschen

Ein großes Problem für BISS bleibt, bezahlbaren Wohnraum für obdachlose Menschen zu finden. Zwar wohnen fast alle unserer langjährigen Verkäufer mittlerweile in ihrer eigenen Wohnung bzw. einem Zimmer in einer (betreuten) Unterkunft. Trotzdem stehen wir bei neuen Verkäufern fast jedes Mal wieder vor der Herausforderung, sie bei der Suche nach einer akzeptablen Wohnmöglichkeit zu



Verkäufer mit seiner Stammkundin.

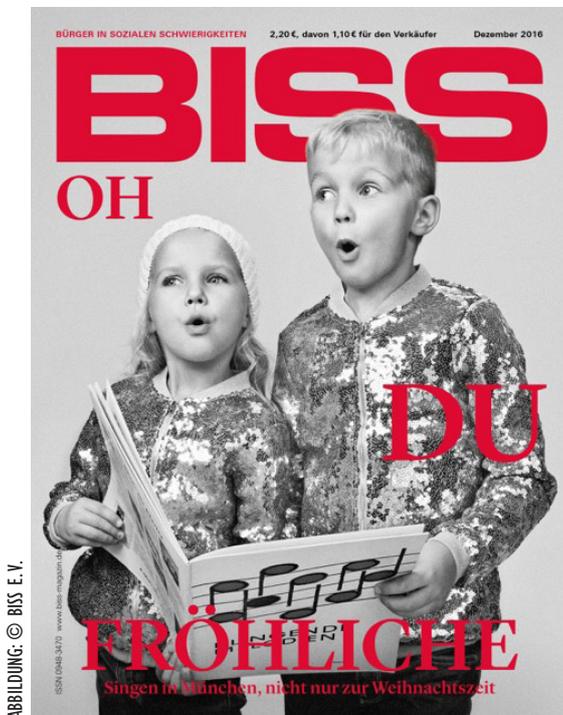
Verkäufer: BISS-Verkäufer Francesco Silvestri (72) im Sendlinger-Tor-Zwischengeschoss

Käuferin: Veronika Donaubaue (73), Rentnerin aus Großhadern

unterstützen. Es ist unglaublich, unter welchen miserablen Bedingungen Menschen in München „hausein“, anders kann man beispielsweise Schlafplätze in heruntergekommenen Mehrbettzimmern, die zu Wucherpreisen vermietet werden, nicht nennen.

Besonders dramatisch ist die Situation bei mittellosen Menschen, die auf der Suche nach Arbeit und einem besseren Leben schon jahrelang durch Europa gewandert sind. So haben wir Menschen kennengelernt, die körperlich schwer auf Baustellen gearbeitet haben, bis mit zunehmendem Alter ihre Kraft nachließ. Wie bei einem rumänischen Verkäufer, mit dem BISS einen unbefristeten Arbeitsvertrag geschlossen hat. Das sei, wie er sagte, überhaupt zum ersten Mal in seinem Leben passiert. Aufgrund der Zusammenarbeit des Vereins BISS e.V. mit der Stiftung BISS kann in Einzelfällen ein befristeter Mietvertrag für

ein möbliertes Zimmer vermittelt werden, so dass der Mensch nicht mehr auf der Straße schlafen muss. Besonders freut es die Akteure, dass ihnen gewogene Leser anrufen und freie Wohnungen und Zimmer direkt anbieten, so dass BISS hofft, mit der Zeit einen kleinen Bestand aufbauen zu können.



Titelbild 'BISS', Dezember 2016

Einmal arm, immer arm?

Es ist schwer zu ertragen, dass sich trotz aller Einzelfallhilfen und Zuwendungen der soziale Status der betroffenen Menschen kaum verbessert. Wer arm ist, bleibt das häufig bis an sein Lebensende, weil es die Politiker im Bund und im Land versäumen, die zunehmende Ungleichheit von Lebenschancen durch eine konsequente Gesetzgebung zu bekämpfen. Wer die Entwicklung der Münchner Immobilienpreise sieht und auch, wie Menschen mit wenig Geld an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, muss von der Politik eine Bodenrechtsreform fordern, um Spekulanten zu stoppen.

Hotel BISS (2001 bis 2011): Bayerische CSU/ FDP-Regierung verkauft ehemaliges Frauengefängnis am Neudeck an kommerziellen Investor

BISS e.V. bekundete schon 2004 Interesse, das ehemalige Münchner Frauengefängnis am Neudeck vom Freistaat Bayern zu erwerben. Das Konzept: Aus dem Knast sollte ein erstklassiges Hotel werden. 40 junge Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten sollten darin die Möglichkeit bekommen, eine Ausbildung zu durchlaufen und sich für den Ar-

beitsmarkt zu qualifizieren. Am Ende entschied sich die CSU/FDP-Mehrheit gegen das Gebot von BISS über 1,6 Millionen Euro und schlug die Immobilie einem anonymen Investor zu. Der lässt das Gebäude seitdem leer stehen.

BISS e.V. – eine Erfolgsgeschichte der ganzen Stadtgesellschaft

BISS bewirkt im Leben der 100 Verkäufer und der von BISS unterstützten bedürftigen Menschen eine deutliche Verbesserung. Das wird möglich, weil zahlreiche wohlgesonnene Spender, Paten, Freunde, Förderer und schließlich die Käufer der Zeitschrift ihren Beitrag dazu leisten. Dazu zählen auch die Verkaufsgenehmigungen der Landeshauptstadt München sowie der Stadtwerke München. Von Anfang an verbunden mit BISS ist die Abtei St. Bonifaz, die zweite Abgabestelle für Zeitschriften an die BISS-Verkäufer. Langjährige Kooperationspartner von BISS sind die Wohnungsbaugenossenschaft Wogeno sowie der Dynamo Fahrradservice BISS e.V. Mit diesen Freunden und Unterstützern an der Seite arbeitet BISS gemeinsam für eine solidarische Stadtgesellschaft. Der einzelne Mensch ist in der Krise nicht verloren, wenn ihm andere die Hand reichen und ihm die Gesellschaft eine zweite Chance bietet.

KARIN LOHR

Karin Lohr ist Geschäftsführerin von BISS e.V. München
www.biss-magazin.de

IMPRESSUM

Standpunkte ISSN 1861-3004

Münchner Forum e.V., Diskussionsforum für Entwicklungsfragen, Schellingstr. 65, 80799 München
 fon 089/282076, fax 089/2805532, email: info@muenchner-forum.de
www.muenchner-forum.de

V.i.S.d.P.: Ursula Ammermann, Redaktionsschluss:
 17.11.2016

Redaktion: Ursula Ammermann (UA), Klaus Bäumler (KB), Detlev Sträter (DS), Barbara Specht (BS), Georg Kronawitter (GK), Udo Bünnagel (UB)
 Layout: Barbara Specht

Wir verfolgen den Fortgang der von uns aufgegriffenen Themen. Der Inhalt dieses Magazins entspricht daher nicht zwingend dem Diskussionsstand in unseren Arbeitskreisen. Sie können Aussagen gern wörtlich oder sinngemäß mit Quellenangabe zitieren. Sollten Sie unsere Standpunkte nicht mehr erhalten oder sie jemandem zukommen lassen wollen, genügt eine Mail an: info@muenchner-forum.de

REGSAM – Vernetztes Wirken gegen Armut

München verfügt über eine Vielfalt an Einrichtungen, Angeboten, Projekten und Dienstleistungen, die mit ihrer Arbeit einen Beitrag dazu leisten, Armut zu lindern und Teilhabe zu ermöglichen. REGSAM – das regionale Netzwerk für soziale Arbeit – vernetzt die Einrichtungen und Angebote und erhöht damit deren Wirksamkeit. Es zeigt aber auch auf, wo Handlungsbedarf besteht.



FOTO: © REGSAM

Zusammenarbeit in REGSAM

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, und in reichen Städten wie München ist der Abstand besonders groß.

Armut in München ist sichtbar – auf Bänken und Gehwegen, in den Stadtteilen und in den Quartieren sowie bei „Nutzungskonflikten“ im öffentlichen Raum. Armut ist sichtbar in vielen sozialen Einrichtungen, die arme Menschen bei der Antragstellung für die gesetzlichen Leistungen unterstützen. Sie ist sichtbar in Freizeitstätten, wo das gemeinsam gekochte Mittagessen manchmal die einzig richtige Mahlzeit für die Kinder und Jugendlichen ist. Armut zeigt sich auch an ständig wachsenden Schlangen bei der Antragstellung im Wohnungsamt oder an kaputten Zähnen schon bei Grundschüler/innen...

Armut in München ist manchmal auch unsichtbar – zum Beispiel bei alten Menschen, die zu stolz sind, einen Antrag auf Grundsicherung zu stellen oder ihre Wohnung nicht mehr verlassen, weil für sie das Treppensteigen eine unlösbare Herausforderung darstellt. Armut äußert sich in den Stadtteilen und Quartieren unterschiedlich und verändert sich.

REGSAM leistet in seiner regionalen Vernetzungsstruktur eine kontinuierliche, qualifizierte Analyse der Entwicklungen und der Bedarfe in der Sozialregion, im Stadtteil und im kleinteiligen Sozialraum. Damit bildet sich letztlich auch die Lage in der Gesamtstadt ab. Die unterschiedlichen Armutsformen und Armutsanzeigen werden verknüpft mit den Einrichtungen vor Ort, mit Verwaltung und mit politischen Entscheidungsträgern – im Stadtteil

und stadtweit. Dieses regionale Wissen ergänzt und konkretisiert statistische Erhebungen der Stadtverwaltung wie zum Beispiel das Monitoring des Sozialreferates.

„Voneinander wissen“ – damit Hilfen schnell ankommen

Die Fülle an Angeboten in München ist häufig selbst für Fachleute nicht mehr durchschaubar. Auch viele junge und neue Kolleg/innen in den Einrichtungen müssen sich zu Beginn selbst einen Überblick verschaffen. REGSAM leistet durch seine stetige Informationsarbeit einen wesentlichen Beitrag dazu, dass Angebote und Hilfen schneller ankommen. Dies geschieht zunächst in den regionalen REGSAM-Gremien. Der „Facharbeitskreis“ ist für neue und alte Kolleg/innen die schnellste Möglichkeit, den Stadtteil, seine Angebote und wesentliche Kooperationspartner kennen zu lernen sowie sich selbst bekannt zu machen. Der persönliche Kontakt erleichtert die Vermittlung von Bürger/innen an die richtigen Hilfen im Stadtteil und ermöglicht konkrete Kooperationen. So gehört der regelmäßige Austausch über neue Entwicklungen und Angebote in den Einrichtungen zu den Kernleistungen eines REGSAM-Facharbeitskreises.

Ein weiteres Medium der Informationsvermittlung sind zwei wöchentliche Newsletter, die vom REGSAM-Büro verschickt werden. Beide beinhalten Fachinformationen, Veranstaltungen und Fortbildungen für die Einrichtungen. Einer richtet sich zielgenau an das Handlungsfeld Geflüchtete und Wohnungslose.

Direkt an die Bürger/innen und Hilfesuchenden wenden sich die zahlreichen Flyer, die in den REGSAM-Gremien erarbeitet werden: Die Flyer „Rund um die Geburt“ für die einzelnen Regionen sind fast schon Klassiker, Broschüren über „Angebote für ältere Menschen“ beginnen einer zu werden. Daneben gibt es zum Beispiel Stadtteilpläne für Jugendliche oder andere Zielgruppen sowie Broschüren über Ferienangebote in einem Stadtteil.

Stadtweite Fachveranstaltungen über sozialpolitische Entwicklungen, Projekte und Arbeitsweisen innerhalb des Sozialreferates stellen Fachwissen

bereit und ermöglichen somit eine stadtweite Auseinandersetzung mit zentralen sozialpolitischen Herausforderungen. Vergangene Fachtage widmeten sich so beispielsweise den Themen „Wohnen“, „Wohnen im Alter“ oder „Sinti und Roma“, außerdem fand eine Informationsveranstaltung zu „Wohnen für alle“ statt.

„Miteinander handeln“ – Angebote und Projekte, die nur in Kooperation gelingen

Die regelmäßige Auseinandersetzung mit den Entwicklungen im Stadtteil und den Bedürfnissen der Menschen führen zu einer Vielzahl an gemeinsamen Projekten ebenso wie langfristigen Angeboten. So vielfältig die Formen des gemeinsamen Handelns sind, folgende gemeinsame Merkmale zeichnen REGSAM-Projekte aus:

- REGSAM-Projekte sind nah an den Erfordernissen des jeweiligen Stadtteils oder Quartiers.
- Sie reagieren schnell auf Entwicklungen im Stadtteil.
- Die Einrichtungen geben, soweit möglich, eigene Ressourcen in das Projekt, so dass oft nur minimale zusätzliche Mittel erforderlich sind.
- Das Engagement der Mitwirkenden für den Stadtteil und die dort lebenden Menschen steht im Vordergrund.
- Gemeinsames Handeln in REGSAM ist auch immer sozialpolitisches Handeln. Stadtteil- und Nachbarschaftsfeste, Spiel- und Sportaktionen, interkulturelle und interreligiöse Aktionen leisten einen Beitrag zum sozialen Frieden in der Stadt und zur Inklusion in die Gesellschaft.

Mobile Angebote in Neubaugebieten, Hausaufgabenhilfe im Quartier, Patenprojekte an Schulen, inklusive Projekte in Freizeitstätten sind Beispiele von Projekten, die Teilhabe unterstützen und Benachteiligungen entgegenwirken. Einige REGSAM-Projekte sind inzwischen stadtweit von anderen Trägern aufgegriffen worden. So war die „Informationsmesse für Alleinerziehende“ ursprünglich ein REGSAM-Projekt. Es wurde zunächst in vielen Sozialbürgerhäusern durchgeführt, bevor es das jetzige stadtweite Format erhielt und nun vom Jobcenter organisiert wird.

REGSAM-Schwerpunktgebiete – Quartiersentwicklung durch Vernetzung

Aktivitäten in sogenannten „Gebieten mit besonderem sozialpolitischen Handlungsbedarf“ – die REGSAM-Schwerpunktarbeit – ist seit 2010 eine besondere Arbeitsform von REGSAM. Die Gebiete

werden aufgrund von signifikanten Problemstellungen, die das Sozialreferat, die Bezirksausschüsse und die REGSAM-Gremien melden, ausgewählt. Sie erhalten für zwei bis drei Jahre zusätzliche Ressourcen durch die professionellen REGSAM-Moderator/innen. Fester Partner und Verbindung zu den städtischen Referaten sind die Vertreter/innen der regionalen Sozialplanung im Sozialreferat. In der Schwerpunktarbeit wird dann die Arbeitsweise von REGSAM auf gemeinsame Ziele für das Quartier focussiert. Das bedeutet konkret:

- Passend zur angegebenen Problemstellung werden die relevanten Personen aus dem Stadtteil an einen Tisch geholt. Dies sind in der Regel Mitarbeiterinnen von Einrichtungen und Schulen, engagierte Ehrenamtliche und Bewohner/innen, Vertreter/



Stadtteilfest Blumenau

FOTO: © REGSAM

innen des Bezirksausschusses und von Religionsgemeinschaften je nach Bedarf weitere Personen. Gemeinsam erfolgt eine genaue Bestandsaufnahme vor Ort, verbunden mit differenzierten und realistischen Zielformulierungen.

- Daraufhin werden gemeinsam Maßnahmen entwickelt, die vorrangig durch Zusammenwirken der Einrichtungen vor Ort entstehen. Hier geht es um die Optimierung von Angeboten, die Nutzung von Synergien wie zum Beispiel von vorhandenen Raumreserven und das Erarbeiten und Umsetzen kreativer Lösungen.
- Bedarfe, die nicht vor Ort zu decken sind, werden mit der Bedarfsanalyse an Entscheidungsträger in der Verwaltung, innerhalb der Träger und an Politik weitergegeben.

In einem der aktuellen Schwerpunktgebiete „Rund um den Lerchenauer See“ bedeutet dies konkret: Die Bedarfsanalyse ergab, dass in dem Quartier viele (alleinerziehende) Familien leben und viele Senior/innen. Für beide Zielgruppen fehlen unterstützende

Angebote im Quartier. Die weiteren im Umfeld bestehenden Angebote sind zu wenig bekannt.

Durch das Zusammenwirken der Einrichtungen wurden in den letzten beiden Jahren folgende Maßnahmen realisiert:

- Ein offenes Elterncafé durch einen AEH (Ambulante Erziehungshilfe) -Träger in der Freizeitstätte „Lerchenauer“;
- Das Bildungsangebot für Migrant/innen „Mama lernt deutsch“ in der Freizeitstätte,
- Sprechstunden der „Frühen Hilfen“ für Familien mit Kindern von 0-3 Jahren,
- Angebote für Senior/innen in den Räumen der



ABBILDUNG: © BENJAMIN HILBIG

Angebote für Seniorinnen und Senioren Rund um den Lerchenauer See

- evangelischen Kirchengemeinde,
- Eine Broschüre mit Angeboten für ältere Menschen im 24. Stadtbezirk, die von den Multiplikator/innen im Viertel und als Postwurfsendung verteilt wird und außerdem in Apotheken und bei Ärzten ausliegt,
- Den Bedarf für einen Treffpunkt für Menschen jeden Alters vermittelten die Fachleute vor Ort den anwesenden Stadtpolitiker/innen im Rahmen eines Stadtteilrundgangs.

Bei allen Schwerpunktgebieten handelt es sich um Quartiere, in denen Armut sichtbar und spürbar ist. Dabei geht es teilweise um bauliche Aspekte der Quartiersentwicklung – Begleitung von Sanierungsprozessen, Gestaltung von öffentlichen Freiflächen

und Treffpunkten. Wesentliches Ziel in allen bisherigen Schwerpunktgebieten ist es, die Ressourcen der Menschen im Quartier zu stärken und einen Beitrag zur Verbesserung ihres Lebensumfeldes zu leisten. Beispiele sind etwa die gemeinsame Gestaltung der Grünflächen vor einer GWG-Siedlung und das „community organizing“ in der „Alten Heimat“. Die Stärkung der Nachbarschaft spielt hierbei immer eine zentrale Rolle. Und so überrascht es nicht, dass ein dauerhaftes Ergebnis vieler Einsätze die Einrichtung eines Nachbarschaftstreffs ist. Und es ist ein besonderes Merkmal dieser „reichen“ Stadt München, dass dies möglich ist.

REGSAM-Netzwerk „Geflüchtete und Wohnungslose“ – Qualität durch Information

Seit 2014 hat REGSAM den Auftrag, die Unterkünfte für geflüchtete Menschen gut in die Stadtteile zu integrieren und dadurch den neuen Nachbarn ein Ankommen in München und im Stadtteil zu erleichtern. Aufgrund der Dynamik und der Herausforderungen der letzten beiden Jahre in diesem Bereich war eine zentrale Aufgabe von REGSAM die Informationsweitergabe. Sowohl über neue Entwicklungen, Standorte und Angebote als auch über die Probleme in den einzelnen Unterkünften und Rückmeldungen darüber, was gut läuft. Dies gelingt in den regionalen „Arbeitsgruppen Flüchtlinge und Wohnungslose“ und in der stadtweiten „Fachrunde zur Koordinierung der Angebote“. Inzwischen verändern sich die Inhalte der Arbeitsgruppen. Zunehmend geht es darum, wie Inklusion und Integration – in die Gesellschaft und in den Stadtteil – gelingen kann und was dazu unterstützend geleistet werden muss.

REGSAM erreicht mit seinem breit gefächerten Netzwerk die Menschen, die jenseits der öffentlichen Wahrnehmung in dieser Stadt leben und keine Lobby haben. Deren Bedürfnisse und Lebensumstände werden durch die gemeinsame Arbeit in den Gremien und Veranstaltungen greifbar. REGSAM schlägt damit eine Brücke von den ärmeren Menschen hin zu Verwaltung und Politik.

Das Netzwerk REGSAM, das von der Stadt München finanziert wird, ist heute ein Bestandteil des Paketes, das die Stadt München geschnürt hat, um den sozialen Frieden in München und seinen Quartieren aufrecht zu erhalten.

MARTINA HARTMANN

Martina Hartmann ist Diplom-Sozialpädagogin und seit 2009 Geschäftsführerin von REGSAM.

Kontakt:

Martina Hartmann, REGSAM - Geschäftsführung
hartmann@regsam.net www regsam.net

Wir machen Musik – für alle?

Muss man wirklich rechtfertigen, dass ein Artikel über Musikausbildung für Kinder in einem STANDPUNKTE-Heft über die soziale Situation in der Boomtown München erscheint? Eigentlich nicht, haben doch schon viele kluge Leute die soziale Wohlfahrtswirkung einer niederschwellig angelegten Musikausbildung „für alle“ beschworen. Vielen fällt da die Aussage „Wer Musikschulen schließt, gefährdet die innere Sicherheit“ von Otto Schily, dem ehemaligen Bundesinnenminister, ein.



FOTO: © GERONG KRONAWITTER

Die „Riemer Stadtmusikanten“

Aber weltweit am nachhaltigsten hat der unglaubliche Erfolg des „El sistema“ benannten venezolanischen Musikschulsystems die Szene „elektrisiert“ (1). Seit 1975 hat diese von José Abreu geschaffene Stiftung bis heute 285 Musikschulen in Armenvierteln eingerichtet. „El sistema“ betreut dort 350.000 Kinder und Jugendliche mit 5.620 fest angestellten Musiklehrern und Verwaltungsleuten.

Nach einer Legende hat Abreu die ersten elf Jugendlichen auf einem Parkplatz in der Hauptstadt Caracas aufgelesen, ihnen Musikinstrumente in die Hände gedrückt und gesagt: „Mit diesen Instrumenten werden wir die Welt verändern.“ Inzwischen hat „El Sistema“ Musiker hervorgebracht, die in New York, London oder Mailand verpflichtet werden.

Von Venezuela lernen – aber wie?

Das Beispiel Venezuela mag indirekt auch Pate gestanden haben, als 2003 in Bochum das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ als Kooperation der städtischen Musikschule, der Zukunftsstiftung Bildung in der GLS Treuhand und der Grundschulen startete. Das Projekt war so erfolgreich, dass es ab 2007 aufs gesamte Ruhrgebiet ausgedehnt wurde. Ab dem Schuljahr 2015/16 wurde es in das Nach-

folgeprogramm „Jekits – Jedem Kind Instrumente Tanzen Singen“ überführt, das NRW-weit durchgeführt wird (2).

Und in München?

München hat die größte und älteste städtische Sing- und Musikschule (SMS), die 2005 ihr 175-jähriges (!) Bestehen feiern konnte. Angesichts dieser Positionierung wundert es nicht, dass es ganze Amtsperioden im Stadtrat gab, bei denen nicht ein einziger Stadtratsantrag zu diesem Thema gestellt wurde.

Auf der Bezirksausschuss (BA)-Seite wurde seit der Jahrtausendwende das Thema vom BA 15 Trudering-Riem regelmäßig aufgegriffen. Anlass war seine Beobachtung, dass für die wachsende Messestadt Riem mit ihrem Kinderreichtum ein armseliges Angebot der SMS vorgesehen war. Und selbst dieses Minimal-Angebot musste durch Angebotskürzungen an anderen städtischen SMS-Standorten erkaufte werden. Ursache war die seinerzeitige städtische Sparpolitik.

Der BA 15 griff diese Deckelungspolitik bei der SMS letztlich erfolgreich an, auch weil nach und nach herauskam, dass das städtische Musikschul-Angebot nicht nur in der Messestadt Riem, sondern auch in anderen Stadtvierteln mit „besonderem sozialpolitischen Handlungsbedarf“ (Sozialreferat) geradezu erbärmlich war (3). So wurde in ganz Bergam-Laim gerade mal an einer Grundschule Klavierunterricht angeboten, während in Bogenhausen das volle Unterrichtsspektrum glänzte.

SMS 2.0

Der 2008 in den Stadtrat gewählte ehemalige Vorsitzende des BA 15 mahnte folgerichtig in einer Reihe von Stadtratsanträgen eine Weiterentwicklung

der SMS an: Abbau der riesigen Warteliste, gleichmäßigere Angebotsverteilung übers Stadtgebiet, Vernetzung mit örtlichen Akteuren, bessere räumliche Ausstattung waren die Stichworte – die immer noch aktuell sind. Hilfreicher Anlass war auch der zeitgleiche Wechsel an der Spitze der SMS.

Und siehe da – kaum wartete man fünf Jahre, wurden im Stadtrat im Mai 2013 endlich die Weichen neu gestellt, ein bleibendes Verdienst einiger SPD-Räte, die schon 2012 durch einen umfassenden Änderungsantrag beherzt den von der CSU ins Spiel gebrachten Ball kräftig ins Tor des eigenen Schulreferenten beförderten. Endlich wurde die Deckelung aufgehoben, u. a. das IKARUS getaufte „Instrumentenkarussell“ als neues „Schnupperangebot“ installiert und klargestellt, dass die Angebote gleichmäßiger verteilt werden müssen (4). Sozial ist, dass bei entsprechenden Voraussetzungen die Kursgebühren bis zu 100 Prozent reduziert werden können. Auch der Pool an Leihinstrumenten konnte durch Spenden deutlich erweitert werden.

Die Saat geht auf

Am Beispiel der Messestadt Riem – dem kinderreichsten Münchner Stadtteil – lässt sich zeigen, dass eine derart unterstützte kommunale Musikschule eine segensreiche Einrichtung sein kann – wenn sie von engagierten Musikpädagogen „vor Ort“ getragen und geprägt wird.

Im Schuljahr 2016/17 besteht das SMS-Team in

der Messestadt aus immerhin achtzehn Mitgliedern.

Das Foto mit den jungen „Riemer Stadtmusikanten“ unter der Leitung von Sibylle Gottschewski sagt hier wohl wirklich „mehr als tausend Worte“. Venezuela kann ganz nah sein.

Was nicht vergessen werden sollte

Auch wenn naturgemäß die SMS als kommunale Großeinrichtung im Fokus steht, darf nicht vergessen werden, dass auch Institutionen im kirchlichen Bereich durch Kinder- und Jugendchöre, aber auch durch die Posaunenchöre ebenso einen wichtigen niederschweligen Beitrag zur kulturellen Bildung leisten wie die Musikvereine, z. B. in Trudering und Perlach. Sie haben hunderten jungen Menschen den Zugang zum aktiven Musizieren ermöglicht.

GEORG KRONAWITTER

Dr. Georg Kronawitter war Stadtrat von 2008 bis 2014 und ist Mitglied im Münchner Forum.

Zum Weiterlesen

1. www.nmz.de/dossiers/el-sistema-das-venezolanische-modell-elektrisiert-die-musikwelt ↗
2. <https://www.jekits.de/> ↗
3. <https://www.muenchen-transparent.de/antraege/763543> ↗
4. https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/ris_vorlagen_dokumente.jsp?risid=2950187 ↗

Cities we have vs. Cities we need

Bericht vom Internationalen Stadtplaner-Kongress

Durban/Südafrika 2016. In unseren Städten wird immer klarer: Die Kluft zwischen dem Zustand der Städte und dem Wunsch nach menschlichen Lebensbedingungen öffnet sich immer weiter. Überwog in den letzten 30 Jahren die Fixierung auf glanzvolle Großprojekte, Hafenentwicklungen, Trade Centers und Malls, so zeichnet sich heute unter Experten ein Perspektivenwechsel ab: der Blick auf die prekären Innenstadt- und Stadtrand-Quartiere. Deren Zustand wird zunehmend fragiler, ihre Inklusion immer dringender. Im September lud die Internationale Gesellschaft für Stadt- und Regionalplanung (ISOCARP) Planer aus aller Welt zu ihrem Jahreskongress nach Durban/Südafrika ein. 500 meist junge Teilnehmer aus 40 Ländern Afrikas, Asiens, Europas und Amerikas präsentierten über 130 Arbeitspapiere. Die Leitfrage: Wie begegnen Stadtplaner dem Auseinanderdriften von Reichtum und Armut? Und was folgern wir daraus für München?

Viele Städte und Stadtverwaltungen sind sich der globalen Zusammenhänge dieser Stadtentwicklung wenig bewusst. Sie betrachten Stadtentwicklung aus regionaler Perspektive, sorgen sich mehr um den Erhalt des Stadtbildes oder des Bau- und

Baumbestands. Das ist wichtig. Ebenso wichtig ist, die Aufmerksamkeit auf die Migration als Faktor der Stadtentwicklung zu richten, auf die Zu- und Abwanderungen durch Klimaveränderungen, Wirtschaftskrisen, soziale Konflikte, Armut, Krieg und Flucht.

In Europa sind es Wanderungen aus dem Süden und Nahen Osten; in Südafrika aus Zentral-, Ost- und Westafrika. In ganz Afrika sind zurzeit ca. 20 Millionen Menschen unterwegs. Sie, die Flüchtlinge, treffen in den Großstädten auf vorangegangene Wanderungen, auf ethnische Vertreibungen und gewaltsame Umsiedlungen. Verarmte Downtowns, Favelas, Squatters, Townships und informelle Stadtrandsiedlungen kommen so aus der Armut nicht heraus.



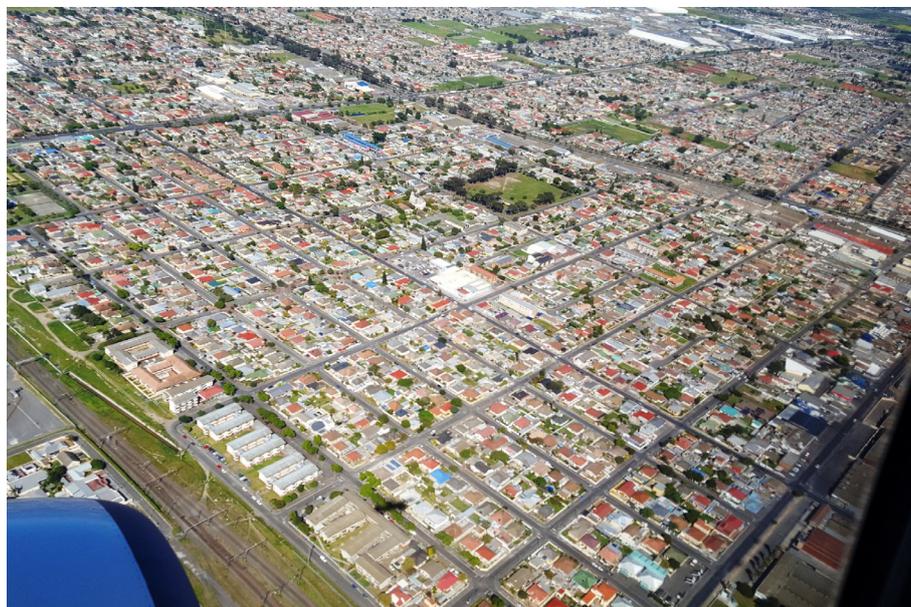
Integrated Inner City Local Area and Regeneration Plan 2030 by eThekweni Municipality, Durban/South Africa. Isocarp Congress Draft September 2016

Can planning deliver?

Was kann die Planung leisten? Viele Strategien sind nicht neu: Zu den kurzfristigen zählt der Kampf gegen Kriminalität, Gewalt und Unsicherheit. In Bezirken Durban und Kapstadts wird Fremden abgeraten, sich tags oder nachts ungeschützt auf die Straße zu begeben. Stadtplaner fordern die Unterstützung von Nachbarschaftsnetzen und sozialen Treffpunkten. Musik, Tanz und Kultur bringen Menschen unterschiedlicher Sprachen schneller zusammen. Besonders motivierend wirken gemeinsame Anlage und Pflege öffentlicher Grün- und Freiflächen, meist in Partnerschaft öffentlicher und privater Initiativen. Größere Einrichtungen wie Schulen, Sozial- und Servicezentren werden oft verwaltungs- und religionsübergreifend betrieben. Die Benefits: Abbau von Angst, größere Bewegungsfreiheit besonders für Frauen, Aufbau von Kleinhandel und Minijobs, Teilnahme am wirtschaftlichen Kreislauf.

Townships und Favelas sind keine romantischen Hütten- oder Wellblechquartiere. Sie werden heute notgedrungen als Habitat verstanden. Egal wie fern von den Stadtzentren, sind sie für viele eine eigenständige, dauerhafte Heimat und brauchen Anschluss an die Stadt. Noch immer gehen zu viele menschliche Potenziale verloren: „Da sitzt du dann eben draußen vor dem Supermarkt und

verkaufst Zigaretten, weil du zu abgebrannt bist, um noch mit dem Bus zur Arbeitssuche zu fahren“ (Nadine Gordimer). Wichtig ist der Ausbau des Nahverkehrs, die Anbindung der peripheren Stadtteile an die Stadtzentren und an Einkaufs- und Logistikzentren. Dort entstehen derzeit mehr Arbeitsplätze als in der Industrie. Zentrale Aufgaben der Stadtplanung bleiben die Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung, besonders wo die Grundversorgung in



Settlements East of Cape Town / South Africa

FOTO: © MARTIN FÜRSTENBERG

der Vergangenheit privatisiert und vernachlässigt worden ist, sowie die Klärung der strittigen, höchst komplizierten Eigentumsverhältnisse in informellen und traditionellen Gebieten, ohne die die Menschen auf Dauer nicht zu Eigenleistungen und Investitionen zu bewegen sind. Stadtplanung braucht heute weit weniger Urban Design. Sie braucht koordinierte,

praktikable Strategien im baulichen, wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Sinn.

Das deckt sich mit der New Urban Agenda der UN-Habitat-Konferenz in Quito 2016. Unter dem Ziel 11 fordert die NUA: „Make cities inclusive, safe, resilient and sustainable“. Nach Jahren der Nachhaltigkeitsdiskussion geht es also vorrangig



FOTO: © MARTIN FÜRSTENBERG

Workshops-Conclusion Isocarp Congress Durban 2016



FOTO: © MARTIN FÜRSTENBERG

Young Planners Award Isocarp Congress Durban 2016

um Inklusion, Sicherheit und Selbstbehauptung. Besondere Aufmerksamkeit bei Planungen sollen die Kinder, Jugendlichen, Behinderten, älteren Menschen und Frauen erhalten, ebenso die Urbevölkerung, die frühen Siedler, die informellen Bewohner, die Flüchtlinge, Heimkehrer und Displaced Persons – ein oft gepriesener, aber selten erfüllter Perspektivenwechsel von der Top down- zur Bottom up-Planung!

In diesem Sinn schlug Nicholas You, Gründer und Ehrenpräsident der Steuerungsgruppe der UN-Habitat-Bewegung, beim Isocarp-Kongress in Durban vor, das Konzept der „Smart City“ neu zu definieren.

„Smart City“ bedeute nicht „big data“ und „Digitalisierung“; unter „Smart City“ würden allzu oft riesige Datenpools aufgebaut: 90 Prozent dienen der Datenerfassung, nur 10 Prozent strategischen Überlegungen. „Smart City“ heißt „People first“ und „Smart government“ effiziente Planungs- und Entscheidungsprozesse, nicht nur an Zeit- und Geschäftsplänen gemessen, sondern an dem, was in den Händen und Geldbeuteln der Menschen ankommt („to combine the economic profit with the individual household“). Dazu brauchen Stadtplaner weit mehr soziales und wirtschaftliches Verständnis als bisher.

Zurück in München. München ist nicht Durban, Bayern nicht die Kap-Region. Im globalen Vergleich ist der Kontrast zwischen arm und reich in München weit geringer. Hier hat die planende Verwaltung die Wanderungsbewegungen und Quartiersveränderungen seit Jahren sorgsam aufgezeichnet. Neue Bebauungspläne, städtische Wohnungsprogramme und das Programm „Soziale Stadt“ fördern die soziale Integration. Während der Flüchtlingsankunft 2015/2016 ist es der Task Force aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik gelungen, innerhalb kurzer Zeit eine stadtweite Unterbringung der Flüchtlinge zu organisieren. Prekäre Stadtviertel wie in Durban gibt es nicht. – Doch die Kluft zwischen reich und arm wächst auch hier, wenn auch in anderer Form. Alles wird enger und teurer: der Wohnungsmarkt, die U-/S-Bahnen, die Schulen. Und der Druck steigt. Neu ist, dass die Kluft mitten durch die Städte geht: durch die Stadtteile,

Wohnquartiere und Häuser. Oben entstehen luxuriöse Penthäuser, unten triste Hausmeisterwohnungen. Oben wohnen die Schönen und Reichen, unten die zuletzt Zugezogenen. „Wenn man Umfragen liest, hat man das Gefühl, diese Spaltung geht nicht nur durch die Gesellschaft, sondern auch durch die Individuen; es scheint eine In-sich-Spaltung zu geben, ein Hin- und Her-gerissen-Sein zwischen Humanität und Abwehr.“ (Heribert Prantl, SZ vom 01.10.2016)

Das Münchner Forum hat vielfach auf die Sozialpflichtigkeit im Grundgesetz verwiesen: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ (Art. 14 GG). Das gilt

Zum Weiterlesen

Isocarp Durban Congress 2016 Paper: <http://isocarp.org/52nd-isocarp-congress/2016paper-platform/> 
Isocarp Portland Congress 24.-27.10.2017 in Portland/Orgeon: <http://isocarp.org/> 
The World Migration Report (WMR) 2015: Migrants and Cities: www.iom.int/world-migration-report-2015 
Nadine Gordimer: Keine Zeit wie diese. Berlin 2012, S. 366.
Münchner Forum zum Schwerpunktthema Boden und Sozialpflichtigkeit: Online-Magazin "Standpunkte" Heft 01.2014, S. 7-11.

im Wohnungs- wie im Städtebau. Vor 40 Jahren hat das Städtebauförderungsgesetz (heute BauGB) gefordert, die nachteiligen Auswirkungen von Stadterneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Sanierungsgebieten auszugleichen. München hat vor 20 Jahren bei Bauleitplanungen die Sozialgerechte Bodennutzung (SoBoN) eingeführt. Heute vollziehen sich bauliche Entwicklungen mit sozialen Folgen oft

im kleinen Maßstab im Bestand: durch hochwertige Dachausbauten, Aufstockungen, Hoferweiterungen und Umnutzungen. Warum sollten die erheblichen Wertsteigerungen teilweise nicht auch zur Mietpreisreduktion für einkommensschwache Mieter im Haus eingesetzt werden? Man mag skeptisch sein, ob das rechtlich möglich ist. Ein Freibrief für Untätigkeit ist das nicht. Stadtplaner dürfen sich strategisch nicht aus der Verantwortung stehlen. „Social Justice“ ist ein hohes Ideal. Dass München zu mehr Humanität und Gemeinsinn im Stande ist, hat die Stadt bei Ankunft der Flüchtlinge 2015/2016 bewiesen. Wir sollten nicht warten, bis uns eine neue Migrationswelle erreicht. Wir brauchen den permanenten Mentalitätswandel zu mehr Offenheit, Lockerheit und unverkrampftem Umgang mit Instrumenten des sozialen Ausgleichs heute.

MARTIN FÜRSTENBERG

Martin Fürstenberg ist Mitglied der Internationalen Gesellschaft der Stadt- und Regionalplaner (Isocarp) und Leiter des AK Maxvorstadt/Kunstareal im Münchner Forum.

Arkaden der Alten Akademie im Brennpunkt der Begehrlichkeit

Handlungswissen für Bürger und Investoren



FOTO: DETLEY STRÄTER

Arkaden der Alten Akademie

Bei der Umnutzung der Alten Akademie durch den Investor Benko und seine Signa Gruppe geht es in der aktuellen Diskussion vor allem auch um die Erhaltung der Arkaden. Die Arkadenflächen der Alten Akademie umfassen insgesamt 560 qm; davon entfallen auf den Bereich an der Neuhauser Straße

455 qm und entlang der Kapellenstraße 105 qm. Aus zwingenden städtebaulichen und stadtgestalterischen Aspekten sind diese Arkaden im bisherigen Umfang zu erhalten. Helmut Steyrer hat in seinem Beitrag „Alte Akademie – im neuen Gewand“ in den *Standpunkten August/September 8./9.2016*  hervorgehoben, dass bei Verwirklichung des 1. Preises des Wettbewerbs ein ganz massiver Eingriff in die Arkaden vorgenommen wird und erhebliche Arkadenflächen dem öffentlichen Raum entzogen und den Ladengeschäften zugeschlagen werden. Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Investor, trotz eindeutiger Rechtslage, eine weitgehende Reduzierung der Arkadenflächen an Neuhauser und Kapellenstraße durchsetzen will. Dies soll – so die Intention des Investors – nicht durch rechtsverbindliche Festsetzungen im Bebauungsplan Nr. 1975 erfolgen, sondern im sog. Einzelgenehmigungsverfahren auf der Grundlage von § 34 BauGB (Baugesetzbuch). Würde die Stadt München als Trägerin der Planungshoheit diesem Verlangen des Investors nachgeben,

würde die angesichts der herausragenden Bedeutung der Alten Akademie unverzichtbare Bürgerbeteiligung vollständig entfallen.

Gewichtige ökonomische Begehrlichkeiten treiben den Investor an, eine Reduzierung der Arkaden zu Gunsten von Ladenflächen durchzusetzen. Sollte dies gelingen, würde ein Bezugsfall geschaffen, der das städtebauliche Gesamtkonzept für alle Arkaden in der Altstadt in Frage stellt. Die bisherigen Bemühungen der Stadt, die Arkaden in der Achse Neuhauser/Kaufingerstraße zu erhalten, würden konterkariert. Dies ist exemplarisch belegt durch das Ringen um die Arkaden des Anwesens Kaufingerstraße 4. Die Stadt München hat diese Arkaden gegen die Erweiterungswünsche des dortigen Geschäftsinhabers jahrelang in aller juristischen Konsequenz verteidigt. Ausgangspunkt für die diesbezügliche Recherche des Verfassers war ein vergilbter Zeitungsausschnitt aus seinem Archiv: Ein Bericht im Lokalteil der SZ vom 03.05.2000 Nr. 101 über den Rechtsstreit eines Geschäftsinhabers gegen die Stadt München vor dem Landgericht München I. Diese Berichterstattung der SZ ermöglichte es, die üblicherweise anonymisierten Entscheidungen der Gerichte in dieser Sache zu entschlüsseln und exakt zu verorten. Ab 1999 kämpfte die Stadt München fünfzehn Jahre lang vor Zivil- und Verwaltungsgerichten, um die Erweiterung des Juweliergeschäfts Kaufingerstraße 4 zu Lasten einer ca. 40 qm großen Arkadenfläche zu verhindern, welche durch eine Grunddienstbarkeit zu Gunsten der Stadt zivilrechtlich und öffentlich-rechtlich mit

Kasten I

Die Verteidigung der Arkaden in der Kaufingerstraße 4 durch die Stadt München in den Jahren 1999 bis 2014

Entscheidungen der Zivilgerichte:

- Urteil des Landgerichts München I vom 15. 03. 2000 Nr. 9 O 11237/99
- Urteil des Oberlandesgerichts München vom 18. 09. 2000 Nr. 31 U 2919/00
- Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 25. 10. 2001 Nr. V ZR 397/00

Entscheidungen der Verwaltungsgerichte:

- Urteil des Verwaltungsgerichts München vom 13. 06. 2005 Nr. M 8 K 05.62
- Beschluss des Bayer. Verwaltungsgerichtshofs vom 09. 01. 2006 Nr. 2 ZB 05.2370
- Urteil des Verwaltungsgerichts München vom 30. 03. 2006 Nr. M 10 K 05.6177
- Urteil des Bayer. Verwaltungsgerichtshof vom 23. 07. 2009 Nr. 8 B 08.1049
- Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. 03. 2010 Nr. 9 B 102.09
- Urteil des Verwaltungsgerichts München vom 02. 04. 2012 Nr. 8 K 11.1483
- Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 28. 11. 2013 Nr. 2 B 13.1587
- Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 05. 06. 2014 Nr. 4 B 14.14

Mit einer Fläche von 560 qm haben die Arkaden der Alten Akademie allein schon von ihrer Größe eine andere Dimension.

Der Signa Gruppe wurde vom Freistaat Bayern die Nutzung des 6.055 qm großen Areals der Alten Akademie im Wege des Erbbaurechts auf die Dauer von 65 Jahren eingeräumt. Der vereinbarte Erbbauzins soll etwa 240 Millionen Euro betragen haben. Grundlage für die Erbbaurechtsvergabe im Bieterverfahren im Jahr 2013 war die Gesamtkonzeption des Aufstellungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 1975 aus dem Jahr 2005, welche ausdrücklich die Erhaltung der Arkaden vorsah (vgl. Kasten 2, Seite 27). Die Signa Gruppe gab das höchste Gebot ab und bekam den Zuschlag.

Ein Investor, der aufgrund eines Höchstgebots den Zuschlag erhält, kann sich nicht nachträglich darauf berufen, dass bei Einhaltung der maßgeblichen Eckdaten, welche Grundlage der Auslobung waren, das Projekt nicht rentierlich durchzuführen sei. Insoweit trägt der Investor das ökonomische Risiko. Eine andere Betrachtung führt zur Verzerrung gegenüber unterlegenen Mitbietern, die ihr Gebot realistisch unter Erhaltung der Arkaden kalkuliert haben. Dies gilt auch dann, wenn im Nachhinein



FOTO: ILAUS BÄUMLER

Arkaden Kaufingerstraße 4, Zustand 2016 mit abgeschrägter Ecksituation, reduziert um 9 qm.

einer Baulinie gesichert war (vgl. Übersicht in Kasten 1). Letztlich musste die Stadt mit Abschluss der gerichtlichen Verfahren in den Jahren 2013/14 nur eine Reduzierung der Arkade um neun Quadratmeter hinnehmen. Durch das beharrliche Engagement der Stadt wurden im Fall „Arkaden Kaufingerstraße 4“ insgesamt 30 qm Arkadenfläche als öffentlicher Raum gerettet und für die bürgerschaftliche Nutzung erfolgreich verteidigt.

Kasten 2

Die Bedeutung der Arkaden der Alten Akademie in den Aufstellungsbeschlüssen zum Bebauungsplan Nr. 1975 von 2005 und 2015

Im Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 1975 von 2005 wird die besondere städtebauliche Bedeutung der Arkaden erkannt:

„Große Bedeutung haben ... die Arkaden im Gebäude Neuhauser Straße 10 (Kaufhaus Hettlage). Die Arkaden stellen zusammen mit den Passagen als typisches Münchner Gestaltungsmerkmal ein wertvolles stadtbildprägendes Prinzip dar, das den Fußgängern Schutz vor der Witterung bietet und gleichzeitig ein die Fußgängerzone ergänzendes und vernetzendes Wegesystem bildet. Darüber hinaus wurden die Arkaden auch als architektonisches Gestaltungsmittel eingesetzt und ergeben eine differenzierte Fassade mit einem anspruchsvollen Erscheinungsbild.“

Dementsprechend ist in den Eckdaten ausdrücklich als Forderung festgelegt:

„Da die heutige Situation in der Fußgängerzone geprägt ist durch sehr hohe Fußgängerströme, ist gerade an dieser Engstelle in der Neuhauser Straße die Beibehaltung und Entwicklung der Arkaden dringend erforderlich. Der Erhalt der Arkaden ist auch ein Ziel des Innenstadtkonzepts.“

In der durch Stadtratsbeschluss vom 11. November 2015 erfolgten „Fortschreibung“ des Aufstellungsbeschlusses von 2005 wird konsequent ausgeführt:

„Die Arkaden müssen als typologisches Element als öffentlich zugänglicher Außenraum erhalten bleiben. Der Erhalt ist planungsrechtlich durch einen übergeleiteten Baulinienplan sowie eine entsprechende Dienstbarkeit zu Gunsten der Landeshauptstadt München gesichert.“ Durch weitere, auffällig weich formulierte Zusätze wird für den Kenner der Planungssprache deutlich, dass die Möglichkeit von Modifikationen eröffnet werden soll.

In der Auslobungsbroschüre für den Realisierungswettbewerb wurden Preisgericht und teilnehmende Architekten präzise über die planungsrechtlichen Fixpunkte aufgeklärt: *„... entlang der Neuhauser Straße 10 besteht ein einfacher Bebauungsplan gemäß § 30 Abs. 3 BauGB in Form von Baulinien und Festsetzungen von Arkaden. Die Arkadenfläche ist als Dienstbarkeit zu Gunsten der Landeshauptstadt München gesichert und dem öffentlichen Verkehr (Fußgängerzone) gewidmet.“*

maßgebliche Eckdaten zu Gunsten des Investors modifiziert werden.

Wird dem Investor durch Bebauungsplan oder Baugenehmigung nach § 34 BauGB eine erhebliche Reduzierung der Arkaden – entgegen der Ausschreibungsgrundlage und den Eckdaten sowie den bislang rechtsverbindlichen Vorgaben – zugebilligt, erwächst ihm ein beachtlicher Planungsgewinn. Der zusätzliche Ertragswert des Objekts steigt damit erheblich. Nach neuesten Bewertungen beträgt der Mietwert für

Läden in dieser Triple-A-Situation der Fußgängerzone ca. 350 Euro/qm. Bei einer Arkadengesamtfläche von 560 qm und einer Reduzierung um nur 50 Prozent errechnet sich auf die Dauer von 65 Jahren ein zusätzlicher Mietertrag von rund 77 Millionen Euro. Selbst wenn ein solcher „Planungsgewinn“ durch die Stadt München ganz oder teilweise „abgeschöpft“ würde, hätte solches Nachgeben gegenüber dem Investor erhebliche städtebauliche Folgewirkungen über den Einzelfall hinaus. Es würde ein Bezugsfall geschaffen, der – wie oben ausgeführt – die bisher konsequente Linie der Stadt zur Erhaltung von Arkaden gänzlich aushebeln würde.

Vor den Zivil- und Verwaltungsgerichten hat sich die Stadt München bei der Verteidigung der „Arkaden Kaufingerstraße 4“ in insgesamt elf (!) Gerichtsverfahren im Wesentlichen mit folgenden Argumenten durchgesetzt:

- Arkaden sind trotz der Schaffung der Fußgängerzone weiterhin unverzichtbar,
- Erhaltung der Arkaden aus städtebaulichen Gründen zum Schutz gegen Witterungseinflüsse und als Verweilorte im Bereich der Fußgängerzone,
- Arkaden sind von erheblicher Bedeutung für das städtebauliche Gesamtkonzept der Münchner Altstadt,
- Arkaden sind wesentlicher Bestandteil des „Maßnahmekonzepts Innenstadt“,
- Schutz der Arkaden durch das „Arkadenkonzept. Marienplatz und Fußgängerzone“.

Mit Entscheidung vom 28. November 2013 verpflichtete der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Stadt München im Verfahren „Arkaden Kaufingerstraße 4“, eine Ladenerweiterung unter Reduzierung der Arkadenfläche um neun Quadratmeter zu genehmigen. Es handelte sich um eine atypische Situation, da die Arkade Kaufingerstraße 4 am Nachbaranwesen Kaufingerstraße 6 endet. Die gerichtlich zugebilligten neun Quadratmeter ermöglichten lediglich eine Abschrägung der Ecksituation, führten aber nicht zu einer Reduzierung der Durchgängigkeit. Eine komplette Überbauung der rund 40 qm großen Arkaden lehnte das Gericht mit der Begründung ab, dass dies in das Arkadenkonzept der Stadt München eingreifen würde und damit im Widerspruch zur städtebaulichen Gesamtkonzeption der Stadt stehe, bei der die Arkaden ein wichtiges städtebauliches Prinzip darstellen. Im Zusammenhang mit dem Maßnahmenkonzept zur Aufwertung der Münchner Innenstadt solle dieses städtebauliche Prinzip erhalten und weiterentwickelt werden.

Das Urteil des Bayer. Verwaltungsgerichtshofs vom 28. Nov. 2013 Nr. 2 B 13.1587 ist in den Bayerischen Verwaltungsblättern 2014, S. 700 abgedruckt und kann im Netz unter openJur 2014, 3477 aufgeru-

Kasten 3

Verstärkter Schutz der Arkaden in den Leitlinien Altstadtensemble München 2015

Münchens Altstadt verfügt über keine konsequent durchgängig angeordneten Arkadensysteme. In der Wiederaufbauphase wurden allerdings in unterschiedlichen Teilbereichen der Altstadt – dort, wo es durch Neubaumaßnahmen möglich war – Arkaden errichtet, um für Fußgänger attraktiven, sicheren Bewegungsraum zu schaffen. Diese bis heute überlieferten Arkadenbereiche sind öffentlich gewidmet und bilden eine willkommene Aufweitung und Bereicherung des öffentlichen Raumes, Schutz vor Regen und Sonne und abwechselnde Raumerlebnisse. Eine Umwandlung von Arkadenflächen in Verkaufs- oder Gewerbeflächen konnte bisher in aller Regel vermieden werden. Der kommerzielle Druck ist inzwischen jedoch erheblich gestiegen. Die Erhaltung der Arkadenflächen in der überlieferten Form ist deshalb ein wichtiges Ziel des Ensembleschutzes.

Quelle: Altstadtensemble München. Leitlinien zum Planen und Bauen, Hrsg. Referat für Bauordnung und Stadtplanung, München S. 34, Stadtratsbeschluß vom 11. Nov. 2015

fen und ausgedruckt werden.

Ob und inwieweit Stadtverwaltung und Stadtrat den Begehrlichkeiten der Signa Gruppe, die Arkaden der Alten Akademie ganz oder teilweise zu schließen, nachgeben werden, ist derzeit nicht absehbar. Es wäre nicht nachvollziehbar, wenn die Stadt München gegenüber der Signa Gruppe eine wie auch immer geartete Reduzierung der Arkaden der Akademie zulassen würde. Auch gegenüber dem Investor ist jener strenge Maßstab anzulegen, den die Stadt fünfzehn Jahre lang gegenüber einem Bürger in der

„Causa Arkaden Kaufingerstraße 4“ angelegt hat. Die „Causa Arkaden Kaufingerstraße 4“ gibt die Verteidigungsstrategie vor und liefert nicht nur juristische Argumente, sondern zugleich die politisch-administrativen Vorgaben, um den Begehrlichkeiten des Investors nicht nur zu widerstehen, sondern diesen mit Nachdruck entgegenzutreten.

In diesem Zusammenhang müssen die in der „Causa Arkaden Kaufingerstraße 4“ von der Stadt erstrittenen Urteile den Entscheidern der tangierten städtischen Referate (Direktorium, Planungsreferat, Baureferat, Kommunalreferat), aber auch den Mitgliedern des Stadtrats in den beteiligten Gremien zur Kenntnis gebracht werden.

Besondere Bedeutung kommt seit Ende 2015 den neu geschaffenen „Leitlinien zum Planen und Bauen im Altstadtensemble München“ zu (vgl. Kasten 3). Diese „Leitlinien“ sind wesentliche Grundlage für den Umgang mit der Alten Akademie, insbesondere in Bezug auf deren Arkaden. Sie ergänzen die bisherige Strategie der Stadt zur Verteidigung der Arkaden um einen wichtigen juristischen Baustein.

KLAUS BÄUMLER

Klaus Bäumler ist Leiter des Arbeitskreises Öffentliches Grün, 2. Vorsitzender des Programmausschusses des Münchner Forums und Richter am Bayer. Verwaltungsgerichtshof retd.

Zum Weiterlesen

Münchner Forum zum Schwerpunktthema Alte Akademie: Online-Magazin „Standpunkte“, Heft 08/09.2016 [↗](#)
S. 1-11;

Private Internet-Seite von Hans Hanfstingl: Aktion gegen den faulen Zauber: <https://alte-akademie.live/> [↗](#)

Buchtipps

Noch auf der Suche nach einem anspruchsvollen Weihnachtsgeschenk?

München nicht wie geplant – Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien von Karl Klühspies

Herausgegeben vom Münchner Forum

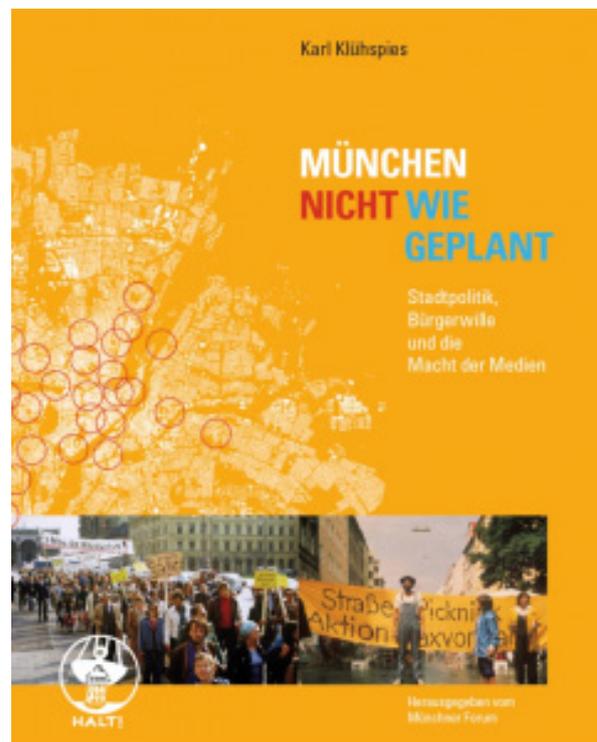
„München wie geplant“ war der Titel einer Ausstellung, die 2004/05 im Münchner Stadtmuseum die Entwicklung der Stadt von 1158 bis 2008 nachzeichnete. Die Mitglieder des Münchner Forums vermissten dabei eine eingehende Untersuchung des Einflusses der Bürgerschaft auf die Planungspolitik, die speziell in den Jahren 1963 bis 1973 zur Annul-

lierung des Stadtentwicklungsplans von 1963 und zur Neuausrichtung der Münchner Stadtentwicklung führte, und wollen mit der nun vorgelegten Publikation, die bewusst den Titel der Ausstellung in Abwandlung trägt, die Lücke in der umfassenden offiziellen Darstellung zur Münchner Planungsgeschichte schließen. Dazu wurde eine Fülle von Beispielen und Dokumenten zusammengestellt, die vor allem die inzwischen rund 50 Jahre währende Arbeit des Münchner Forums, aber auch anderer Organisationen, in Erinnerung rufen soll. Als „notwendige Ergänzung und für jedermann verständlich [sollte] dargestellt werden, was der Stadt drohte und was aus München geworden wäre, wenn es dieses Engagement nicht

gegeben hätte“ (S. 19). Die Publikation will den Nachweis führen, dass die Stadt eben nicht „wie von ihr geplant“ entstanden ist, sondern Pläne in vielen Teilen dank bürgerlichem Engagement korrigiert oder zumindest modifiziert werden konnten.

Am Anfang der Arbeit des Münchner Forums (damals noch Münchner Bauforum genannt) stand der Generalverkehrsplan von 1963, der – nach den immensen Kriegszerstörungen – bedeutende bauliche Maßnahmen für ein neues Straßennetz vorsah, zu dem neben dem Mittleren Ring auch der Altstadttring sowie verschiedene weitere mehrspurige Straßenverläufe zählten, beeinflusst von amerikanischen Vorbildern. Es war die Hoch-Zeit des „fließenden Verkehrs“. Dabei wäre es unweigerlich zu Abbrüchen und zum Verlust von zum Teil wiederaufbaufähiger und charakteristischer, von den Bomben des Krieges verschonter Bausubstanz beziehungsweise zu einem Neubauverbot und damit dem Verlust vieler Wohnungen gekommen. „München wird moderner“ lautete damals die nicht von allen gewünschte Devise. Befördert wurden neue Bauprojekte durch die Entscheidung des Internationalen Olympischen Komitees im April 1966, die XX. Olympischen Spiele 1972 nach München zu vergeben. U-Bahn-Bau, Fußgängerzone, Schließen von Baulücken wurden zu Diskussionspunkten. Es folgten die Auseinandersetzungen um den Bau der Bayerischen Staatskanzlei oder des Europäischen Patentamts, das Für und Wider um die Straßenbahn, Themen wie Parkplätze, Wohnungsbau und Hofbegrünung, die Rettung des Nikolaiplatzes, des Leopoldparks oder des Café Annast (heute Tambosi). Es galt, Augenmaß zu bewahren und die verschiedenen – berechtigten – Interessen in Einklang zu bringen. Vielfach ist dies geglückt, auch wenn von manchen noch heute zum Beispiel der Rückbau der damals heftig umstrittenen Untertunnelung des Prinz-Carl-Palais gefordert wird. Viel ist erreicht worden, wobei allen voran das Münchner Forum die Erfolge für sich verbucht: „Wir hätten heute ein völlig anderes München, das sich zweifellos von vielen seelenlosen Allerwelts-Städten kaum unterscheiden würde“ (S. 298). Dabei wird in dieser Publikation außer Acht gelassen, dass einen ganz erheblichen Teil des Charmes der Stadt historische Bauten ausmachen. Bereits am 8. September 1945 hatte der erst kurz zuvor von den Amerikanern eingesetzte Stadtrat beschlossen, die Stadt „in alter Form“ wiederaufzubauen. Viele fast als verloren betrachtete historische Bauten wurden zumindest in vereinfachter Form wieder errichtet, wenn nicht gar rekonstruiert.

Auch gewinnt man bei Durchsicht des umfangreichen Werks den Eindruck, als sei ein positiver Einfluss von Bürgern und Medien erst durch die



sogenannte 68er Generation möglich geworden. Bürgerliches Engagement gab es jedoch auch schon davor, wenngleich in geringerem Maße und von weniger medialer Aufmerksamkeit begleitet. Man denke nur an den Isartalverein (gegründet 1902), der die Zerstörung des Isartals unmittelbar südlich von München verhinderte und sich noch heute dafür einsetzt, oder den 1906 von Gabriel von Seidl initiierten und von vielen Münchner Bürgern unterstützten Widerstand gegen den Abriss der alten Augustinerkirche in der Neuhauser Straße. Nicht zuletzt zählt in gewisser Weise auch der Bayerische Landesverein für Heimatpflege (gegründet 1902) zu den Trägern solchen Engagements, auch wenn er nicht nur die bauliche Entwicklung Münchens, sondern die komplette Bandbreite kultureller Fragen in ganz Bayern im Blick hat.

Der vorliegende, über 300 reich bebilderte Seiten umfassende Band, der auf einer beigegefügten DVD zudem mehr als 1.000 Seiten Dokumente (Berichte aus Münchner Tageszeitungen, Gutachten beteiligter Planer und städtischer Gremien, Flugblätter und Stellungnahmen des Münchner Forums) wiedergibt, ist ein nachahmenswerter Versuch, ein für die Stadtentwicklung bedeutendes bürgerliches Engagement nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Vielfach wurden bei anderen Organisationen nach Abschluss eines Projekts – sei es erfolgreich gewesen oder nicht – die Unterlagen vernichtet oder zumindest vernachlässigt. Und so kann man an dieser Stelle dem Autor, Architekten und Mitglied des Münchner Forums Karl Klühspies nur beipflichten, der andere engagierte Bürger und Bürgerinitiativen auffordert,

„ihren Beitrag dem Stadtarchiv für eine möglichst vollständige Darstellung des geschichtlichen Ablaufs zur Verfügung zu stellen“ (S. 14), wenn sie nicht gar dem Beispiel des Münchner Forums folgen und selbst eine ebenso vorbildliche und sicher mit viel Aufwand zusammengestellte Dokumentation erarbeiten wollen.

CORNELIA OEHLWEIN

Buchbesprechung von Cornelia Oehlwein in *Schönere Heimat* Heft 3/2016 (Zeitschrift des Bayer. Landesvereins für Heimatpflege)

München nicht wie geplant – Stadtpolitik, Bürgerwille und die Macht der Medien von Karl Klühspies

Franz Schiermeier Verlag, München 2015. 308 S. m. zahlr., z.T. farb. Abb. und DVD, € 24,80
ISBN 978-3-943866-25-4

Zu bestellen beim [Franz Schiermeier Verlag](#)

Das Buch ist zudem im Buchhandel und beim Münchner Forum erhältlich.

Veranstaltungsbericht

Die Isar und die Münchner – zwischen Natur und Freizeit

Im Rahmen der 16. Wissenschaftstage, die vom 12. bis 15. November mit dem Oberthema ‚Wasser – Ressource des Lebens‘ auch dieses Jahr wieder in der Alten Kongresshalle und dem Verkehrszentrum des Deutschen Museums auf der Theresienhöhe stattfanden, veranstaltete das Münchner Forum am Samstag, den 12. November, den Workshop ‚Wasser in der Stadt‘.



FOTO: URSULA AMMERMANN

Diskussionsrunde zur Isar

Wer die Isar nicht liebt, kann kein echter Münchner sein, so möchte man meinen. Dass Liebe aber viele Formen annehmen kann, und dies im Falle der Isar auch tut, wurde bei der Veranstaltung ‚Wasser in der Stadt‘ deutlich. Ein Workshop des Münchner Forums am Samstag, den 12. November, gab interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, Vorträgen zu folgen sowie Wünsche und Ideen zu Entwicklungen an der Isar zu äußern. Moderiert wurde die Veranstaltung von Barbara Specht und Ursula Ammermann. Wolfgang Czisch (Münchner Forum)

referierte zum Thema ‚Isar – lebendiger Fluss‘, Franz Schiermeier (Franz Schiermeier Verlag) nahm sich des Themas ‚Isar in der Zeit – von damals bis heute‘ an, und verschiedene Referenten gaben Impulse zu einzelnen Aspekten wie ‚Surfer auf dem Eisbach‘ (Sonja Lechner und Dankwart von Scotti), ‚Natur an und in der Isar‘ (Patrick Türk, Isarfischer e.V.), ‚Baden und Bootfahren‘ (Klaus Bäumler, Münchner Forum) und ‚Flussbad in der Isar‘ (Ulrike Bührlen, Isarlust e.V.). Eine lebhaft diskutierte

Teilnehmer zum Ende der Veranstaltung offenbarte, wie nahe Freud und Leid an der Isar beieinander liegen: einerseits wurde leidenschaftlich für mehr Umweltbewusstsein und wirksamere Maßnahmen zum Schutz der Natur geworben, andererseits wurde auch die hohe Freizeitqualität der Isar beschworen – insbesondere auf den renaturierten Uferflächen zwischen dem Großhesseloher Wehr im Süden und dem Deutschen Museum mitten in der Stadt.

Letztlich ergibt sich ein interessantes Spannungsfeld: In einer Gesellschaft, in der Begriffe wie Work-Life-Balance an Bedeutung gewinnen, und in einer Stadt, die zu den am dichtesten besiedelten

Kommunen in Europa gehört, muss die Möglichkeit zum Ausgleich der Interessen geschaffen werden. Dieser Ausgleich mag sich in einem breiten Spektrum von Baden, Spazieren gehen, Sport treiben bis hin zu den viel beklagten Grillpartys äußern – letztlich erlaubt er die notwendige und wünschenswerte Funktionen des Stadt-Erlebens, der sozialen Interaktion, des Stressabbaus etc. Eine zu starke Regulierung nähme den Bewohnern Münchens ein Stück Lebensqualität.

Gleichzeitig ist nicht von der Hand zu weisen, dass

eine Übernutzung der Isar und des Isarufers verheerende Auswirkungen auf die Natur und die Wohnqualität der direkten Anwohner hat. Wer an schönen Sommerabenden den Grill-Rauchschwaden am Tierpark und Flaucher und den Müllbergen danach ausgesetzt ist, weiß davon ein Lied zu singen. Auch dem Isargriller wäre es wohl lieber, es gäbe die anderen Griller nicht – doch ein Alleinnutzungsanspruch kann und soll in einer Stadt nicht möglich sein.

Die Einsicht in die Notwendigkeit eines für Umwelt und Anwohner verträglichen Umgangs mit dem Stadtfluss ist zwar vorhanden, doch die Frage, wie ein solcher Umgang gestaltet werden soll, gab zu weiterer reger Diskussion Anlass. Vorschläge reichten dabei von stärkerer Regulierung und besserer Umweltbildung bis hin zu einer Ausweitung von Angeboten an der Isar. Mehr Freizeitflächen entlang des Flusses, so das Argument, könnten Orte mit einer hohen Konzentration von Isarnutzern entlasten und

so auch zu einem behutsamen Aufenthalt an der Isar anregen. Diese Möglichkeit wurde insbesondere im Rahmen einer Umgestaltung der nördlichen Isar gesehen – andererseits gab es auch hier Warnungen vor möglichen Schattenseiten einer Renaturierung und dem Wunsch, in dieser Zone Natur und Naturliebhaber zu priorisieren. Mit spürbarer Überzeugung und Inbrunst wurden die verschiedenen Standpunkte vorgebracht und debattiert. Neben der Vielfalt der Argumente und dem Facettenreichtum der Meinungen in der hier nur flüchtig nachskizzierten Diskussion zeigte sich aber vor allem eines: Gründe, den Stadtfluss zu lieben, gibt es wie Kiesel am Isarstrand.

CAMILLA BRETTHAUER

Camilla Bretthauer ist M. Sc. Urban and Regional Planning und derzeit Praktikantin in der Geschäftsstelle des Münchner Forums.

Bericht



FOTO: DETLEV STRÄTER

Blick von der Dachterrasse im Werk 3 auf das neue Viertel und München

Im Werksviertel hinter dem Ostbahnhof: Wo München quirlig wird

Über 50 Besucher ließen sich am 27. Oktober 2016 auf einem Spaziergang von Architekt Johannes Ernst, dem geschäftsführenden Gesellschafter von Steidle Architekten in München und Projektleiter für das Werksviertel, den neuen Stadtteil zeigen, der derzeit peu à peu hinter dem Ostbahnhof auf dem ehemaligen Industrieareal entsteht. Das Münchner Forum hatte zu diesem Spaziergang eingeladen.

Das Spannende an diesem Projekt, darüber waren sich alle einig, ist die Verbindung von neu und

alt, sind Erhalt und Sanierung geschichtlich wertvoller Industriegebäude und das behutsame Einfügen neuer Strukturen an jenen Stellen, wo ein Abriss der alten Gebäudesubstanz Platz schafft: für 1.300 Wohnungen, Grünflächen und den neuen Konzertsaal. Die „Medienbrücke“ ist bereits ein klares Signet für den Neubeginn. Die Hochhäuser am Südrand sind entkernt und warten auf ihre neue Nutzung. Kleine Geschäfte, Start-ups, Ausstellungen, Dienstleister, Künstlerateliers beleben schon die Werke 3, 4 und 5, Gebäude mit gewerblicher Mischnutzung. Werk 1 wird aufgestockt, um Räume für

Künstler zu schaffen. Auch die Natur findet ungewöhnlichen Platz: Schafe werden auf der Dachterrasse von Werk 3 weiden – ein Wunsch von Pfanni-Erbe Werner Eckart, einer der 10 Eigentümer. Für diese ist es entscheidend, dass mit dem Werksviertel ein Stück Münchner Firmengeschichte und Identität erhalten wird.

URSULA AMMERMANN

Ursula Ammermann ist Geschäftsführerin des Münchner Forums

Saubra sog i. Reinheitsgebot für Münchner Luft – Das Bürgerbegehren ist gestartet

Weil die Immissionsgrenzwerte für Stickstoffdioxid (NO₂) seit Jahren deutlich überschritten werden, haben 24 Münchner Organisationen das „Bündnis für saubere Luft“ gegründet. Das Bündnis fordert direkte Gegenmaßnahmen durch die Stadt München und initiiert das Bürgerbegehren „Saubra sog i. Reinheitsgebot für Münchner Luft“.

München überschreitet die Grenzwerte für Stickstoffdioxid an der Landshuter Allee und am Stachus deutlich und dauerhaft. Laut Modellberechnungen werden die NO₂-Grenzwerte auch an weniger befahrenen Straßen, zum Beispiel der Flurstraße in Haidhausen, nicht eingehalten. Um die Stadt München schnellstmöglich zu Gegenmaßnahmen zu bewegen, haben sich 24 Münchner Organisationen zum „Bündnis für saubere Luft“ zusammengeschlossen. Aus diesem Bündnis entstand das Bürgerbegehren. Der Slogan: Saubra sog i. Reinheitsgebot für Münchner Luft. 40.000 Unterschriften will das Bündnis sammeln, um das Bürgerbegehren sicher durchzusetzen. Folgende Frage sollen die MünchnerInnen dafür mit ihrer Unterschrift bejahen:

»Sind Sie dafür, dass aus Gründen der Luftreinhaltung mindestens 80 Prozent des Verkehrs auf Münchner Stadtgebiet bis zum Jahr 2025 durch abgasfreie Kraftfahrzeuge, den öffentlichen Personennahverkehr sowie Fuß- und Radverkehr zurückgelegt werden sollen und die Landeshauptstadt München verpflichtet wird, für diese Verkehrswende schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen sowie jährlich über deren Fortschritt zu berichten?«

ANDREAS SCHUSTER

Folgende Organisationen haben sich dem Bündnis für saubere Luft angeschlossen:

Green City e.V., Netzwerk Klimaherbst e.V., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV München, Deutscher Kinderschutzbund München e.V., Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club Kreisverband München (ADFC München) e.V. / ADFC München e.V., VCD - Verkehrsclub Deutschland, Kreisgruppe München e.V., Münchner Forum e.V., Umweltgewerkschaft München, rehab republic e.V., Lastenradler, Ludwig-Bölkow-Stiftung, Arbeitskreis Attraktiver Nahverkehr im Münchner Forum e.V., Fuss e.V., Netzwerk Slowmotion, BUND Naturschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe München, Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Stadtverband München, Deutsche Lungenstiftung e.V., Grüne Jugend München (GJM), Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS), Regionalgruppe München, Fahrgastverband PRO BAHN e.V., Stadt- und Kreisgruppe München, Gesundheitsladen München e.V., projekt21 plus GmbH, Kartoffelkombinat - Der Verein e.V., Naturfreunde Deutschlands Bezirk München e.V.

AnsprechpartnerInnen:

Andreas Schuster, Bereichsleiter nachhaltige Mobilität Green City e.V.
E-Mail: andreas.schuster@greencity.de, Tel.: 01 73 / 86 14 505

Weitere Informationen:

www.luft-reinheitsgebot.de 

Buchtipps

Die Stadt – das sind wir Bürger Stadtentwicklung zwischen Politik und Bürgerwille am Beispiel München von Gernot Brauer

Verlag Gernot Brauer, München 2016.

336 Seiten, 21x26,5 cm, 341 Fotos, Dokumente, Grafiken und Karten, ISBN 978-3-00-053472-0

Bestellungen per E-Mail an brauermuc@aol.com

Preis: 29,80 € zzgl. Versand.

Das sagen Leser zu diesem Buch: „Eine Dokumentation, die akribisch nachzeichnet, wie der Bürgerwille die Gestalt der Stadt entscheidend geprägt

hat“ (Süddt. Zeitung). „Eine lebendige literarische Komposition, die nie den roten Faden verliert. Der tiefe Einblick, den dieses Buch liefert, ist spannend und bemerkenswert“ (Fee Thissen, RWTH Aachen). „Ein routiniert geschriebener Band, anschaulich, kurzweilig und detailreich, ein Rezeptbuch für alle, die bürgerliche Engagements fördern und einsetzen wollen (Beatrixe Albrecht-Thiessat, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin). „Das wunderbare Buch hat bei uns im Büro voll eingeschlagen und weitere Bestellungen provoziert“ (Fritz Auer, Architekt, München/Stuttgart).